Freitag, 30. Januar 1925.

Einzelnummer 15 Groschen
mit illustrierter Beilage 30 Gr.

64. Jahrgang. Nr. 24.

Erscheint an allen Werktagen.

Bezugspreis monatl. Zloty
bei der Geschäftsstelle 3.50
in den Ausgabestellen 3.70
durch Zeitungsboten 3.80
durch die Post . . . 3.50
ausschl. Postgebühren
ins Ausland 6 Zloty
in deutscher Währg. 5 R.-M.

Fernsprecher 6105, 6275.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.



Posener Tageblatt

(Posener Warte)

mit illustrierter Beilage: „Die Zeit im Bild".

Postscheckkonto für Polen Nr. 200 283 in Posen.

Postscheckkonto für Deutschland Nr. 6184 in Breslau.

Anzeigenpreis: Petitzeile (38 mm breit) 45 Gr
für die Millimeterzeile im Anzeigenteil 15 Groschen, Reklameteil 45 Groschen.
Sonderplatz 50% mehr. Reklamepetitzeile (90 mm breit) 135 gr.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Die gleiche Krankheit.

Der wirtschaftliche Gesundungsprozeß in Ungarn. — Das neue Budget. Die Kreditfrage steht an erster Stelle. — Die Pläne des Finanzministers. — Bilanzwahrheit und gesunde Dividendenpolitik. — Ungarns Außenhandel.

Der finanzielle Wiederaufbau Ungarns vollzieht sich ziemlich programmäßig. Das Bild des neuen Jahres gibt das dem Parlament unterbreitete Budget. Bei den Ausgaben zeigt sich wohl eine gewisse Verschiebung. Sie rührt daher, daß beim Dienst der Staatsanleihen um acht Millionen, bei den Bezügen der Staatsangestellten und Pensionäre sowie bei den Beiträgen für die Autonomien um 30,9 Millionen Goldkronen mehr eingestellt werden mußten. Diese Mehrausgaben wurden mit den besonders bei den Zöllen und dem Tabakmonopol erreichten Mehreinnahmen gedeckt. Nachdem jetzt vom Budgetjahr nur noch fünf Monate ausstehen und der Beweis erbracht ist, daß die Einnahmen im gewünschten Maß einfließen, kann gesagt werden, daß das gesteckte Ziel mit Hilfe der Auslandsanleihe das Gleichgewicht des Staatshaushaltes wieder herzustellen, so gut wie gesichert ist. Mit gleicher Bestimmtheit läßt sich dies auch für die Zukunft voraussagen.

Wie jeden Staat, so beschäftigt heute auch Ungarn in allererster Linie die Kreditfrage. Zur Erteilung kurzfristiger Kredite zeigt sich das Auslandskapital schon jetzt ziemlich bereitwillig. Daß damit allein aber noch nicht allem Uebel abgeholfen werden kann, ist ganz klar. Ungarn braucht in erster Linie dringend langfristige Kredite, und zwar nicht nur für die Landwirtschaft, sondern auch für seine Industrie. Zu diesem Zweck ist nun auch bereits eine ganze Reihe von Maßnahmen geplant, um noch verschiedene strittige und hemmende Fragen zu klären. So will man jetzt in Ungarn vor allen Dingen die Frage der intabulierbaren Zinsen regeln, die nach den gegenwärtig geltenden gesetzlichen Bestimmungen 8 v. H. nicht übersteigen dürfen. Schon ein jüngst erschienener Regierungserlaß sucht die für Auktionen in der Zeit des Krieges und in der Nachkriegszeit erlassenen Beschränkungen zu beseitigen. Weitere Hindernisse, die jedoch ohne besonderen Widerstand beseitigt werden können, bestehen noch im Bodenreformgesetz. Mit diesen Maßnahmen wäre eine Sicherung von langbefristeten Bodenkrediten durchaus gegeben. Dem Ausland war der ungarische Bodenbesitz stets ein sicherer Gegenwert für geliehenes Kapital. Der Krieg, die ihm folgende Katastrophe und die schließliche Geldentwertung haben den Hypothekarkrediten in jeder Beziehung viel geschadet. Heute jedoch, da sich das Land wirtschaftlich konsolidiert und die Festigung des Geldwertes erreicht ist, wird das Ausland unmöglich an seiner bisher zur Schau getragenen Reserve festhalten.

Auch in der Industrie sind Mittel, die langbefristete Kredite zu unterstützen geeignet sind, nicht zu umgehen. In diesem Zusammenhang setzt sich der gegenwärtige ungarische Finanzminister v. Bud in besonderem Maße für die Wiederherstellung der Bilanzwahrheit ein die es jedermann ermöglichen würde, sich ein genaues Bild von der Leistungs- und Kreditfähigkeit eines jeden Unternehmens zu machen. Zusammenhängend damit sind auch im Besteuerungswesen Maßnahmen geplant, die nicht bloß das Aufstellen einer richtigen Bilanz, sondern auch eine richtige Dividendenpolitik ermöglichen werden. Das ist von besonderer Wichtigkeit, weil ja bekanntlich nur bei einer richtigen Dividendenpolitik das Interesse des Kapitals geweckt werden kann. Auch hier wird es notwendig sein, die heute in Geltung stehenden Gebührenverordnungen einer Revision zu unterziehen, und zwar ausgehend von dem Grundsatz, daß geringere Gebührensätze und erhöhter Kreditverkehr dem Staate mehr Einnahmen bringen, als die höheren Gebühren allein. Im allgemeinen wünscht der ungarische Finanzminister die auf diese Frage bezügliche Steuer- und Gebührenpolitik in eine Richtung zu lenken, die das Anlegen und die Beteiligung auswärtigen Kapitals im ungarischen Wirtschaftsleben fördert.

Eine bestimmte Antwort auf die Frage zu geben, wie sich der Außenhandel nach der jetzigen Wiederherstellung des freien Verkehrs gestalten wird, ist natürlich schwer. Schon seit Beginn des Jahres 1923 wurden die Ausfuhrverbote stufenweise abgebaut, so daß während der im Jahre 1924 mit dem Völkerbunde gepflogenen Verhandlungen hinsichtlich der Ausfuhr bemerkenswerte Verbote kaum mehr bestanden. Trotzdem wird die Freigabe des Verkehrs im ungarischen Außenhandel wohl kaum eine nennenswerte Verschiebung hervorrufen. Die Einfuhr nach Ungarn hält sich zur Zeit in Grenzen, die der Aufnahme- und Zahlungsfähigkeit sowie den wirtschaftlichen und sozialen Ansprüchen des Staates entsprechen. Ebenso wird es auch wohl unwahrscheinlich sein, daß infolge der Handelsverträge im Verkehr selbst eine Verschiebung eintritt. Es wird sich auf jeden Fall lediglich um eine naturgemäße Entwickelung handeln, die mit der Besserung der Wirtschaftslage des Landes Schritt hält, wie sie auch in Vorkriegszeiten die Gestaltung des Außenhandels der einzelnen Staaten im allgemeinen gekennzeichnet hat. Am ehesten läßt sich noch mit einem erhöhten Exportverkehr rechnen. Da Ungarn ein Agrarstaat ist, wird natürlich die landwirtschaftliche Produktion entscheiden. Aber selbst wenn die Ernte nur mittelmäßig ausfallen sollte, wird man durchaus damit rechnen können, daß mit dem Steigen des Exports auch die Passivität der ungarischen Außenhandelsbilanz sich entsprechend vermindern wird. Schon jetzt läßt sich eine Entwickelung in dieser Richtung feststellen. Während der Ausfall im Jahre 1920 noch 253 Millionen Goldkronen betrug, dürfte er im Jahre 1924 unter 100 Millionen Goldkronen bleiben. Bei ausreichender Produktion muß er sich in noch engeren Grenzen halten. Das Wirtschaftsleben der Nationen untereinander kann nur durch den wirtschaftlichen Ausgleich gesichert werden. Prohibition verursacht dem Wirtschaftsleben auch nach innen mehr Schaden, als sie ihm Nutzen bringen kann. Schon aus diesem Grunde gibt sich jetzt die ungarische Regierung die größte Mühe, möglichst rasch mit seinen Nachbarstaaten Handelsverträge abzuschließen.

Worüber die polnische Presse schreibt.

Auf die Knie mit Danzig. — Nichtachtung der Verträge. — Eine andere Meinung. — England und Polen. — Die Angst und kein Ende. — Die monarchistische Bewegung in Rußland. — Stimmen zu der Regierung Luther. — Ein „furchtbares Verbrechen". — Das polnische Schulwesen in Frankreich, Theorie und Praxis.

Die Danziger Frage ist noch nicht beigelegt, und es wird noch eine ganze Zeit vergehen, bis das Blut sich wieder ein wenig beruhigt hat. Besonders die polnische Rechtspresse kann nicht ruhig werden, und immer noch zittert die Brust unter den Atemstößen der Aufregung. Ob die rücksichtslosen Forderungen sehr viel günstige Folgen haben, möchten wir nicht entscheiden. Daß die Liebe dadurch nicht gefördert wird, mag wohl auch dem weniger psychologisch veranlagten Zuschauer klar geworden sein. Bei uns in Posen regiert der „Kurjer Poznański" ganz besonders „kräftig", was die Töne anbelangt, die er macht. Wir lesen dort u. a. folgendes: „Das Jahr 1925 muß uns die Entscheidung bringen. Die in Polen beliebte Methode, die unangenehmen Dinge möglichst lange von sich fern zu halten und Kompromisse zu schließen, ist infolge der Wichtigkeit der Angelegenheit nicht am Platze." Das Blatt fordert zu einem radikalen

Wirtschaftskrieg gegen Danzig

auf. „Es ist klar, daß dieser Wirtschaftskrieg nicht lange dauern kann und darf. Man muß den Wirtschaftskrieg mit allen Mitteln führen und das mit einer solchen Rücksichtslosigkeit, daß Danzig sofort zu ersticken beginnt. Ferner muß man ihn bis zum Schluß vollständig durchführen, das ist bis zum vollständigen Aufgeben auch der letzten Widerstandskraft ohne Rücksicht auf die Verluste, die eine solche Politik in Danzig selbst zur Folge haben muß. Wir geben uns Rechenschaft darüber, daß die Durchführung einer solchen Politik sogar Opfer von unserer Seite verlangen wird, aber mit dem Unterschied, daß wir ohne größeren Schaden für die Zukunft sie durchhalten und Danzig sterben muß. Das muß man in kürzester Zeit erreichen. Jede Politik der Halbheit, durch die Danzig, wenn auch nur schwer, aber doch irgendwie atmen könnte, wird den Kampf in die Länge ziehen und wird uns selbst unberechenbaren Schaden zuführen.

Deshalb muß die Losung sein, sofortige und rücksichtslose Zuschnürung Danzigs in der Weise, daß die Erscheinungen der wirtschaftlichen Agonie so schnell als möglich auftreten."

Diese blutrünstigen Wünsche des chauvinistischen Blattes zeigen zur Genüge, wohin die Absichten mancher Kreise hinzielen und daß ihnen zur Errreichung dieses Zieles kein Mittel zu schlecht ist. Dasselbe Blatt scheut sich übrigens nicht, als ein solches Mittel

die Nichtachtung der Verträge

hinzustellen. Es schreibt unter dem 17. Januar: „Schließlich muß unverzüglich von seiten der Regierung die Kündigung des Warschauer Abkommens erfolgen. Polen ist nicht verpflichtet, ewig Verträge durchzuführen, welche ihm grundsätzlich und praktisch schädlich sind." Das ist deutlich genug. Daß man aber durch Nichtachtung der Verträge dem Lande mehr Schaden zufügt, als es jemals eine Freistadt Danzig zu tun imstande ist, das vergißt das Blatt in seiner nationalistischen Verblendung.

Wenn man diese Worte liest, so glaubt man natürlich, daß es in Polen keine Stimme gibt, die etwa ein wenig anders zu denken vermöchte. Wir wollen hier eine Bemerkung des „Robotnik" anführen, des Warschauer Sozialistenblattes, das etwa folgendes ausführt: „Es scheint, daß die Angelegenheit der polnischen Briefkästen im Danziger Hafen ihre scharfe Phase schon überschritten hat. Danzig muß trachten, daß es die Entscheidung des Völkerbundes abwartet, und die Angelegenheit nicht durch nationalistische Ausschreitungen verschärft. Aber dieselbe Warnung muß man an die polnischen Chauvinisten richten, welche den Konflikt absichtlich aufbauschen und durch ihre Besetzungsdrohungen nur Mißtrauen gegenüber Polen hervorrufen. Die chauvinistischen sinnlosen Schreiereien und Prahlereien, daß Danzig „vor Polen auf die Knie fallen" muß, daß man nach Danzig eine „Strafexpedition" schicken sollte usw. — alles das ist ein Leichtsinn, welcher nur unseren Interessen schaden kann. Diese kriegerischen Herden glauben, daß man nur die Hand ausstrecken müsse, und Danzig wird unser sein, und daß die Welt „die vollendete Tatsache" ruhig zur Kenntnis nehmen wird. Von dem Zeitpunkte an, da das Genfer Protokoll infolge der Politik des konservativen englischen Kabinetts fraglich geworden ist, haben sich unsere Politiker, die dem „tausendjährigen" Grundsatze der Übermacht und Gewalt huldigen, in den Kopf gesetzt, daß ihnen nun alles erlaubt ist.

Sie glauben, daß sobald England in Ägypten brutal auftreten, und es in die Knie zwingen konnte, daß ein ähnliches Auftreten Polens nicht übel genommen und keine Folgen nach sich ziehen würde. Diese verblendeten Doktrinäre der „bewaffneten Faust" sehen nicht, daß die Schwächung der allgemeinen Unterpfänder der friedlichen Austragung von Konflikten nur eine größere Bevorzugung der Großmächte zur Folge haben wird, welche sich in der Auswahl der Mittel keine Vorschriften machen lassen, aber umso schärfer das Vorgehen kleinerer und schwächerer Staaten kontrollieren werden.

Wenn unsere Imperialisten die Folgen ihres friedensfeindlichen Standpunktes nicht verstehen wollen, sollen sie sich wenigstens vor Augen halten, daß diese 6 oder 7 Postkästen in keinem Verhältnis stehen zu den Besetzungsdrohungen und Strafexpeditionen. Sie sollen sich vor Augen halten, daß ihre kriegerischen und Eroberungsgesten sich sehr schlecht an den Grundlagen unseres Seins — an der wirtschaftlichen und finanziellen Gesundung Polens auswirken müssen."

Im Zusammenhang mit dem Danziger Konflikt macht sich in Polen das Bestreben bemerkbar sich England zu nähern. Der „Kurjer Polski" spricht für eine solche englisch-polnische Verständigung, diese englisch-polnische Verständigung stehe der französisch-polnischen Verständigung im Wege. Die englisch-polnische Verständigung kann auf Grund der gemeinsamen Sorgen, die für England und Polen aus der kommunistischen Propaganda und deren Gefahren erwachsen, stattfinden. „Ein Anwachsen der russischen Macht liegt weder im Interesse Englands, noch in unserem Interesse. Und was das Anwachsen der russischen Macht für England bedeutet, das bedeutet für Frankreich das Anwachsen der Macht Deutschlands. Und auch hier besteht wiederum eine Parallele zwischen unserer politischen Linie und der französischen, wie dort mit der englischen. Und wie wir uns die Gemeinsamkeit der polnisch-englischen Sorgen nicht vorstellen können in der Form eines gegen Rußland gezogenen Stacheldrahtes, so können wir unsere Rolle gegenüber Frankreich nicht auffassen als die eines Gendarmen im Osten gegen Deutschland. Eine Verständigung mit den beiden Westmächten auf dem Boden der Gleichheit der Interessen ist in sich eine Sicherung dagegen, daß die russischen und die deutschen Bäume bis in den Himmel wachsen." (!)

Das größte Augenmerk müsse man jedoch auf Deutschland und die Entwicklung der Verhältnisse in Deutschland lenken. Aus allen Artikeln spricht

die Angst vor einem erstarkenden Deutschland.

Die „Rzeczpospolita" schreibt: „Wir müssen nicht nur das wissen, was in Deutschland geschieht, sondern wir müssen uns auch Rechenschaft geben über die Ursachen und Gründe, welche auf diese und keine andere Gestaltung der staatlich-politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland Einfluß nehmen." Die „Gazeta Poranna" nimmt Stellung zu dem neuen Kabinett Dr. Luther und bezeichnet seine Regierung als eine monarchistische. „Es genügt, sorgsam die Personen in Augenschein zu nehmen, welche im Kabinett Dr. Luthers sitzen, um zu verstehen, daß diejenigen Kreise, welche eine wirtschaftliche Offensive und militärische Revanche predigen, einen bedeutenden Schritt nach vorwärts gemacht haben. Wenn die Probe einer nationalistischen Beamtenregierung gelingt, dann wird die Zeit für ein Kabinett kommen, in dem die Revancheanhänger die Mehrheit haben. Die Revancheidee hat sich in den deutschen Volksmassen so tief eingewurzelt, daß sich mit ihr auch die deutschen Sozialisten beschäftigen. Breitscheid steht in der deutschen Sozialdemokratie nicht allein da."

Der „Robotnik" bezeichnet das Kabinett Dr. Luthers als eine

„Provokation unter der Adresse der Entente".

„Man brauche sich nicht über den Charakter der neuen Regierung täuschen. Sie ist durch und durch reaktionär. Nicht Luther wird seinem Kabinett das politische Gepräge geben, sondern die nationalistischen Innenminister Schiele, Neuhaus und Graf Kanitz und schließlich Stresemann als Außenminister. Das Verbleiben Stresemanns, der seine Drohung gegen die Entente, daß, falls die Okkupation der Kölner Zone verlängert wird, in Deutschland eine Rechtsregierung gebildet wird, wahr gemacht hat, bedeutet für die Entente eine Herausforderung und Provokation der Entente."

Ebenso wie das Wiedererstarken des Monarchismus in Deutschland, so wird auch das Wiedererstehen des

Monarchismus in Rußland

als eine Gefahr für den Frieden hingestellt. Die „Gazeta Poranna" schreibt über die Lage Rußlands, daß die Sowjetregierung nicht mehr diese Stärke habe wie früher und daß die Hoffnungen auf eine Bolschewisierung der Welt schwinden. Infolgedessen drängt die Zeit. Das Wiedererstehen der alten Monarchie ist unmöglich. Seit Beginn der Revolution hatte in Rußland niemand den Mut, unter der Parole des Monarchismus aufzutreten, weil der Haß gegen die Monarchie groß war. „Der Umstand, daß sich die bolschewistische Regierung in Rußland überlebt hat, ist nicht gleichbedeutend mit der Möglichkeit des Wiedererstehens des ehemaligen monarchistischen Systems. Die Hoffnungen der Monarchisten werden trotz ihrer politischen und scheinbar auch kriegerischen Vorbereitungen sich als nichtig erweisen."

Das waren die Meinungen über die wichtigsten Fragen der Außenpolitik. In der Innenpolitik spielt die Wirtschaftslage die Hauptrolle, und die Schwierigkeiten werden nur ab und zu durch kleine Besonderheiten im Innern abgelöst. Die Lage in Oberschlesien ist außerordentlich schwer. Ein Artikel, der unsere Beachtung verdient, ist in der „Polonia" zu lesen, dem bekannten, neu gegründeten Organ der Korfantygruppe. Dort ist die Rede von der

Finanzpolitik Oberschlesiens.

„Unter dem Einfluß einer verderblichen und schädlichen Propaganda ist in Polen die Meinung entstanden, daß Oberschlesien und vor allem seine Industrie absichtlich die Steuern nicht zahlt, zielbewußt den Staat betrügt, und zwar unter dem Einflusse Berlins, um die wirtschaftlichen und finanziellen Unterlagen unseres Staates zu untergraben. Alle diejenigen, die sich dieser demagogischen Agitation entgegenstellen, werden als Verräter und Mietlinge im deutschen Solde hingestellt.

Wir haben in diesen Tagen in einigen Zeitungen Berichte gelesen, welche ihre Genugtuung darüber zum Ausdruck brachten, daß die Finanzbehörden die Gesellschaft Giesches Erben in Kattowitz wegen Steuerhinterziehung mit 76 Millionen Złoty, die Aktiengesellschaft Hohenlohehütte mit 16 Millionen Złoty bestraft haben. Jeder vernünftige Mensch muß zugeben, daß die Strafsätze in dieser Hinsicht einen vollständigen Ruin der betreffenden Unternehmungen nach sich ziehen müssen und damit die Arbeitswerkstätten zerstören und Tausenden von Arbeitern und Angestellten die Erwerbsmöglichkeit

entziehen. Diese Mitteilung, die mit einer solchen Genugtuung von der Presse weiter gegeben wurde, hat mit einer nicht geringeren Genugtuung die deutsche Presse, die Polen nicht günstig gesinnt ist, weitergegeben und nach ihr als ein polnisches Kuriosum die ganze Auslandspresse aufgenommen. Diese Nachricht muß Polen in den Augen des Auslandes kompromittieren und den Zufluß von Auslandskapital nach Polen in hohem Grade erschweren." Was

die Vermögenssteuer

anlangt, so ist es unmöglich, diese in der Höhe und in den gesetzlich festgelegten Terminen einzuzahlen. Weder die Landwirtschaft, noch der Handel, noch die Industrie sind imstande, die im Gesetze vorgesehenen weiteren Raten der Vermögensabgabe zu bezahlen, und weder die Drohung der Lizitation noch die zwangsweise Emission von Aktien durch die Regierung werden diese Raten hereinbringen können. „Mit der Vermögenssteuer versuchen auch andere Staaten ihr Glück, z. B. die Tschechoslowakei und Deutschland. Aber solange in diesen Ländern die Inflation andauerte und Fortschritte machte, waren die Einnahmen aus dieser Quelle minimal. Als aber z. B. in Deutschland die Valuta stabilisiert wurde, wurde sofort eine Novelle zu dem Gesetze über die Vermögensabgabe eingebracht, und es blieb de facto eigentlich nur der Name, weil die Jahresraten der Vermögensabgabe in Deutschland wahrscheinlich aus den Jahreseinnahmen der einzelnen Unternehmungen gedeckt werden. Bei uns geht man anders vor. Man verlangt in verhältnismäßig kurzer Zeit die Bezahlung der übermäßig hohen Raten der Vermögensabgabe, trotzdem unser Land eine so schwere wirtschaftliche Krise durchmacht." Deshalb verlangt das Blatt auch für Polen eine Novelle zu der Vermögensabgabe, damit die Lasten auf eine längere Zeit verteilt werden können."

Ein „furchtbares Verbrechen".

Etwas ganz „Unglaubliches" hat sich in Gdingen zugetragen, so berichtet der „Kurjer Poznański". Er schreibt: „Leben wir denn in Polen oder befinden wir uns noch immer unter deutscher Herrschaft? **Diese Frage muß man sich oft genug stellen, wenn man das sieht, was bei uns alles geschieht. Und es ereignen sich Dinge, die so unwahrscheinlich, so ungeheuerlich in ihrer Abscheulichkeit sind, daß sie vernünftigen (Ausgerechnet! Red.) Leuten nicht in den Kopf gehen wollen."**

Wer diese Zeilen liest, dem wird sicherlich eine Gänsehaut über allen Gliedmaßen wachsen. Was ist geschehen? Ein brutaler Mord, eine furchtbare Brandstiftung, ist ein Fall von Menschenfresserei etwa entdeckt worden, hat ein Bube etwa ein Sittlichkeitsverbrechen an einem Kinde begangen? Was ist denn so „ungeheuerlich in seiner Abscheulichkeit"?

Nichts weiter, als daß am zweiten Weihnachtsfeiertag in Gdingen ein Gottesdienst stattgefunden hat, **in welchem der dortige polnische Geistliche das Wort Gottes in deutscher Sprache zu künden wagte.** Das ist alles, und darüber heißt es weiterhin: **„Es ist nicht zu verwundern, daß diese unerhörte Tat eine große Bewegung unter der patriotischen** (Hurra! Red.) **Bevölkerung hervorgerufen hat, welche eine deutsche Predigt mit Recht als ein**

Attentat auf das Polentum

Gdingens auffaßt." Wenn in einer Kapelle Polens ein Gottesdienst abgehalten wird, der den deutschen Katholiken gewidmet ist, so ist daraus zu schließen, daß so etwas auch notwendig sein wird. Denn es gibt eben noch genug Deutsche, die einen solchen Gottesdienst brauchen. Sicherlich, so ist anzunehmen, wird das in Gdingen nur einmal im Jahre möglich sein, und auch diesen zweiten Weihnachtsfeiertag gönnt man den deutschen Katholiken nicht. Der Haß triumphiert, die Lieblosigkeit regiert, und alles das unter dem Zeichen des Patriotismus, der nationalen Würde, der kochenden Volksseele. Und dort oben über den Sternen, da sitzt der ewige Vater, der seine Kinder in allen Sprachen der Menschheit, nicht nur in der polnischen Sprache allein, versteht, und blickt sinnend auf diesen Ameisenhaufen herab, lächelt über einen „Kurjer Poznański" wie über einen aufgeblasenen Spatzen, der auf irgend ein Lebensblatt schimpft, weil es grün und nicht blau ist. Wenn das ein Attentat auf das Polentum ist, daß man zu Gott nicht mehr deutsch beten darf, so sind wir auf der letzten Stufe nationalistischer Verblendung angelangt. Die Menschen können uns wirklich herzlich leid tun, die solche Gedanken hegen und damit ihren Schöpfer beleidigen . . .

Die polnischen Arbeiter in Frankreich.

Die Liebe und Freundschaft zu Frankreich ruft oft merkwürdige Blüten hervor. Auf polnischer Seite die aufrichtigste und hingebendste Aufopferung, auf französischer Seite die Benutzung dieser Opfer und die Nichtbeachtung der Freundschaft. Besonders hart leiden darunter die nach Frankreich ausgewanderten Arbeiter. In Thorn erscheint ein Blatt „Głos Robotnika" (Stimme des Arbeiters). Dieses bringt einen Brief seines Korrespondenten. Darin heißt es:

„Ich muß feststellen, daß in letzter Zeit viele Polen, welche während der Inflation und während des „passiven Widerstandes" (aus Westfalen) ausgewandert sind, in letzter Zeit zurückkehren. Heute kehren sie zurück, es scheint dies sonderbar zu sein, jedoch ist es durchaus verständlich, wenn wir berücksichtigen, daß **der hiesige (in Westfalen) polnische Arbeiter, der sich an eine gewisse soziale Kultur der Arbeit, was wir den Deutschen nicht absprechen können, gewöhnt und in sie eingelebt hat, sich oft nicht an die Verhältnisse und an die Behandlungsweise durch den französischen Arbeitgeber gewöhnen kann.** (Sehr zart ausgedrückt! D. Red) Sie finden gewöhnlich nach ihrer Rückkehr leicht eine Arbeit, trotz der gegenwärtigen Verhältnisse. **Der hiesige Arbeitgeber betrachtet den polnischen Arbeiter als den besten Arbeiter.** Gegenwärtig ist unsere größte Sorge die Arbeit an der Erbauung von Schulen. Vor der französischen Okkupation hatten wir 70 polnische Schulen, welche natürlich auf eigene Kosten erhalten wurden, weil die Deutschen trotz der übernommenen Verpflichtungen uns bisher keine einzige Schule eröffnet haben. **Zu Beginn der Okkupation haben uns die Franzosen alle Räume weggenommen,** so daß wir heute kaum 7 Schulen besitzen, an denen Unterricht erteilt wird."

[Wie steht es mit dem] polnischen Schulwesen in Frankreich?

Aus einem Memorandum, welches die Gesellschaft für soziale Fürsorge und Kultur der polnischen Auswanderer in Frankreich an die Warschauer Regierung geschickt hat, entnehmen wir nach dem Berichte des „Kurjer Codzienny" folgendes: **„85 Prozent der polnischen Kinder sind ohne Unterricht.** Es gibt in Frankreich 29 000 polnische schulpflichtige Kinder. Infolgedessen sollten 297 polnische Schulen bestehen, aber es gibt deren kaum 45. Wie stellt sich die Schulfrage in den Departements, welche die größte Zahl an polnischen Auswanderern haben, dar, nämlich in Pas de Calais, Nord, Loire, Moselle? In diesen Departements gibt es schulpflichtige Kinder (in der Reihenfolge, wie die Departements genannt wurden) 16 054, 7299, 2300, 1350. In diesen Departements sollten also polnische Schulen bestehen: 180, 60, 20 und 17. Und es gibt deren 21, 0, 13 und 4.

Obwohl wir also nur 45 polnische Schulen in Frankreich haben, so ist ihr **Zustand ein derartiger, daß man sie keine Schulen nennen kann.** Von den 6 Stunden Unterricht den Tag sollen 3 Stunden in französischer Sprache, 3 Stunden in polnischer Sprache unterrichtet werden. In Wirklichkeit ist der polnische Unterricht in polnischer Sprache auf eine Stunde täglich, ja sogar auf eine Stunde wöchentlich beschränkt. Das Memorandum stellt ferner fest: einen Mangel an Unterrichtsbüchern, an Räumen, die geringe Bezahlung der Lehrkräfte und den niedrigen Stand der Lehrerschaft in fachlicher Hinsicht.

Man sieht also, daß auch in der Freundschaft zwischen Theorie und Praxis oft ein großer Unterschied gemacht werden muß.

Ähnlich schreibt die Frau M. E. Haczyńska in der polnischen Zeitschrift „Polonia", die in Paris erscheint, über das Los der polnischen Auswanderer in Paris. Wir zitieren nach der „Gazeta Ludowa" vom 21. d. Mts.: „Ich sah sie (die Auswanderer) in den Pariser Baracken. Ein Mann wie der andere, daß es eine Freude war, sie anzusehen. Sie unterscheiden sich von den flohwinzigen Franzosen so wie Eichen von den Weiden. Zusammengepfercht zu einer bescheidenen Herde warten sie, ob sich bald „ein Patron" zeigt, um unter ihnen auszuwählen, wie aus einer Herde von starken Ochsen, und zwar die stärksten mit den festesten Muskeln und um sie irgendwo zu einem knausrigen französischen Bauer als Knechte zu schicken. Noch nie hat mir das Blut die Scham so in die Wangen getrieben, wie bei dieser häßlichen Szene der Vermietung polnischer Muskeln und polnischen Fleißes durch einen fremden Herrn."

Die deutschen Optanten.

(Von unserem Warschauer Korrespondenten.)

In der heutigen Sitzung der Außenkommission des Sejm stand das Wiener Abkommen auf der Tagesordnung. Berichterstatter war Dębski von der Piastenpartei. Er sagte, das Abkommen habe einen für Polen ungünstigen Teil, nämlich denjenigen, der sich mit der Zuerkennung der polnischen Staatsbürgerschaft befasse. (Nun ungünstig kann man diesen Teil für einen Rechtsstaat nicht nennen. Denn, wenn das Abkommen lediglich die Normen festsetzt, unter denen die polnische Staatsbürgerschaft anerkannt werden muß, so macht es einfach der Willkür ein Ende und gibt den polnischen Beamten und der Regierung die untrüglichen Mittel an die Hand, festzustellen, ob eine zwangsweise Abwanderung zugelassen werden kann und unter welchen nicht.) Für Polen günstig sei aber der die Optanten betreffende Teil. Hier habe die polnische Auffassung gesiegt, wonach Polen nicht nur die Möglichkeit (auront la faculté!), sondern das Recht habe, die Abwanderung der Optanten zu verlangen (devront!). Hier warf Dąbski (nicht Dębski!) die Frage ein, wieviel Optanten eigentlich hiermit verloren gingen, womit Dąbski ausdrücken will, wieviel Optanten nun nicht von der polnischen Ausweisung erfaßt werden können. Prądzyński der den Vertrag im Namen Polens unterzeichnet hatte, erklärte, daß ⅙ bis ⅓ des Großgrundbesitzes und ¼ des Kleingrundbesitzes nicht von der Ausweisung bedroht werden könnten. Im ganzen werden etwa 35 000 Optanten (Herr Prądzyński meinte 40 000) von der Ausweisung betroffen. Hierbei erwähnte aber Herr Prądzyński nicht, daß dieser Vertrag für Polen die unangenehme Folge hat, daß auch in Deutschland 40000 polnische Optanten vertragsmäßig ausgewiesen werden können, und daß von den 35 000 deutschen Optanten schon ein großer Teil früher das polnische Land hat verlassen müssen. Charakteristisch ist, daß Stroński den Wiener Vertrag deshalb für vorteilhaft hält, weil er im deutschen Reichstag auf so großen Widerstand gestoßen sei! Schließlich nahm die Kommission einstimmig den Wiener Vertrag an.

Der Konflikt mit Danzig.

Danzig, 29. Januar. (10.50 Uhr.) Wie die Danziger „Volksstimme" meldet, haben die sozialistischen Parteien Danzigs und Polens nunmehr direkte Verhandlungen aufgenommen, um wirksamer für eine Verständigung zwischen Danzig und Polen arbeiten zu können. **Am Sonntag und Montag waren mehrere Vertreter der Sozialdemokratie aus Warschau in Danzig und verhandelten mit den Danziger Parteiinstanzen über den Konflikt. Es wurde beschlossen, über die Verhandlungen folgenden offiziellen Bericht herauszugeben: „Vertreter der P. P. S. aus Warschau und Vertreter der sozialdemokratischen Parteien aus Danzig traten am 26. 1. 1925 in Danzig zu einer Konferenz zusammen, und stellten ihr Einvernehmen in folgenden Fragen fest: 1. Die Verträge zwischen Danzig und Polen sollen dem Wortlaut und dem Geiste nach beiderseits respektiert werden. 2. Jede Aktion, die die Beziehungen zwischen beiden Staaten stören könnte, sind wir entschlossen, entschieden abzuwehren. 3. Wir sind weiter entschlossen, alles zu tun, was geeignet wäre, das gegenwärtig gestörte Verhältnis zwischen Polen und Danzig einer Gesundung entgegenzuführen und in diesem Sinne auf die Regierung einzuwirken."**

Republik Polen.

Vom Sejm.

In der gestrigen Sejmsitzung wurde über **den Antrag der** Mehrheit der Außenkommission in den Sachen Danzigs beraten. Der Referent, Abg. Dębski von der Piastenpartei, bemerkte unter anderem, daß die Ereignisse in der letzten Zeit dem polnischen Volke einmal vergegenwärtigt hätten, daß man es stets mit derselben Handlungsweise des Danziger Senats zu tun habe. Die Freistadt sei berufen, um Polen den Zugang zum Meere zu sichern, werde aber zu einem Werkzeug im Kampfe mit dem Versailler Vertrage.

Abg. Niedziałkowski von der Sozialistenpartei brachte einen Antrag der Kommissionsminderheit ein, der davon ausgeht, daß zwischen Danzig und Polen keine Interessengegensätze bestünden, weshalb der Sejmbeschluß stark betonen müßte, daß Polen an eine friedliche Erledigung des Konfliktes denke.

Abg. Pluciński vom Nationalen Volksverband erklärte, daß Polen keine seiner Berechtigungen ohne Konflikte in Danzig einführen könne, der Hohe Kommissar des Völkerbundes sich nicht an die Rechtsvorschriften halte und seine Kompetenzen überschreite. Wenn die Regierung nicht die entsprechenden Mittel fände, dann würden diese Rechte überhaupt nicht in Kraft treten. Zum Schluß wies der Redner die Regierung darauf hin, daß der Augenblick gekommen sei, die Angelegenheit der Festsetzung des Prozentverhältnisses der Zolleinkünfte zwischen Polen und Danzig einer Revision zu unterziehen.

Außenminister Skrzyński gab folgende Erklärung ab: Der Sejm und das Volk haben durch den Mund der Parteivertreter mit ungeheurer Mehrheit ihre Entrüstung geäußert, ihr Urteil und den Willen, der Welt zu zeigen, wie Polen das Angreifen irgend eines Punktes des Versailler Vertrages empfindet und begreift. Die Regierung ist sich des Ernstes des Augenblicks und ihrer Verantwortung unter dem Drang der Logik der Ereignisse und andererseits des in der Kammer kundgegebenen Willens bewußt. In den polnisch-Danziger Beziehungen wird das Recht entscheiden. Es bestand bisher, war aber unkräftig. Heute muß allen, die die Verträge beobachten, klar werden, daß man ein wirksames Verfahren festlegen muß. Wenn böser Wille gezeigt wird, muß man ihn brechen. Wir werden im Bewußtsein unserer Rechte und im Vertrauen in unsere moralische Kraft Schritt für Schritt der Erreichung des Zieles zustreben, daß der Geist der Freistadt Danzig der Geist des Versailler Vertrages werde. Darin liegt keine Drohung, außer der, die in der Natur der Dinge liegt, daß keine Freiheit gegen das Recht bestehen kann, um Willkür zu werden.

In der Abstimmung wurde der Antrag der Kommissionsmehrheit angenommen.

Die Sejmberatungen wurden ohne Anberaumung der nächsten Sitzung beendet. Die Einstellung der Vollsitzungen des Sejm erfolgte zugunsten der Kommissionsarbeiten.

Ein großer Prozeß.

Am 3. Februar beginnt im Warschauer Bezirksgericht der Strafprozeß gegen die Bombenattentäter auf die Warschauer Universität. Angeklagt sind: Lucian Magliński, M. Rotter, Funktionär der Sowjetgesandtschaft in Warschau, und der Kommunist Krasinski.

Verbot.

Der Ministerrat beschloß am Mittwoch, der in Beuthen erscheinenden „Ostdeutschen Morgenpost" das Postdebit abzunehmen.

Vorverhandlungen.

Die „Rzeczpospolita" meldet, daß der Leiter der Außenhandelsabteilung im Handelsministerium, Węcławowicz, sich nach Budapest begibt, um eine Vorverständigung zum Handelsvertrag mit Ungarn herbeizuführen. Er wird begleitet vom Abteilungschef Chodkiewicz vom Eisenbahnministerium.

Persien.

Der „Kurjer Czerwony" meldet, daß am 6. Februar der persische Gesandte bei der polnischen Regierung, Assakham, nach Warschau kommt, um Verhandlungen mit der polnischen Regierung über den Abschluß eines Vertrages ewiger Freundschaft und eines Handelsvertrages einzuleiten.

Schwere Beschuldigungen Mussolinis.

Rom, 29. Januar (9.50 Uhr). **„Popolo d'Italia" schreibt in riesigen Lettern: „Seit einiger Zeit wird das Gerücht verbreitet, daß Mussolini in der Schweiz vor 20 Jahren wegen eines gemeinen Verbrechens abgeurteilt worden sei. Senator Albertini, Herausgeber des „Corriere della Sera", welcher sich rühmt, den Text des Urteils zu besitzen, wird hiermit beauftragt, sofort dieses Dokument dem Senat zu übergeben oder in seinem Blatte zu veröffentlichen."**

Rom, 29. Januar. Der zuständige Senatsausschuß hat die Gesetzesvorlage über die Heeresreform mit 12 gegen 2 Stimmen abgelehnt. Nach den Blättern werden die Beratungen im Plenum nicht so bald stattfinden.

Die Rede des japanischen Außenministers.

Dreibund Rußland—Japan—China.

Nach einer Meldung aus Tokio wies in seiner Rede vor dem japanischen Herrenhaus der japanische Minister der Auswärtigen Angelegenheiten zunächst auf die vielen wichtigen Entwicklungen in den internationalen Beziehungen seit dem letzten Sommer hin. Im einzelnen erklärte der Minister des Äußern sodann:

Unsere Chinapolitik, deren Richtlinien Ihnen im vergangenen Jahre vorgelegt worden sind, ist streng durchgeführt worden. Japan ist interessiert an ganz China bis zu dem Grad, wie es für unsern nationalen Bestand wesentlich ist. Aber ganz besonders tief sind unsere nationalen Gefühle für die Mandschurei und die Mongolei, weil, außer diesen allgemeinen Gesichtspunkten, Japan bei seiner eigenen Verteidigung und im Interesse des Friedens im Osten des Landes Schicksal in zwei großen Kriegen in den Ebenen der Mandschurei aufs Spiel setzte. Infolge solcher großen Mühen sind wir nun berechtigt, uns aktiv an den friedlichen Unternehmungen in diesem Gebiete zu beteiligen. Ich wünsche hier noch einmal zu wiederholen, was bereits so oft von der japanischen Regierung erklärt worden ist, nämlich, daß wir keinerlei Angriffs- oder Eroberungsabsichten in diesem oder in einem anderen Teile von China haben. Wir haben uns sorgfältigst davor zurückgehalten, irgend einen Teil Chinas mit Waffen, Munition und Geld zu versorgen, das zur Verlängerung der Feindseligkeiten hätte benutzt werden können. Die japanische Regierung hat bereits einige Jahre zuvor die Entschließung der Mächte, welche es verbietet, China mit Waffen und Munition zu versorgen, unterzeichnet. Wir haben ferner bei mehr als einer Gelegenheit erklärt, daß wir eine Politik treiben, die sich in die inneren Angelegenheiten dieses Landes nicht einmischen wird. Wir haben jetzt diese Erklärungen ehrlich in die Tat umgesetzt. Als Ergebnis ist die Gerechtigkeit unseres Verhaltens nun allgemein, nicht nur bei dem chinesischen Volk, sondern bei allen Mächten der Welt anerkannt worden, mit dem weiteren Ergebnis, daß eine Besserung unserer Beziehungen zu China zu verzeichnen ist, und daß das gegenseitige Vertrauen zwischen uns und den anderen Mächten zugenommen hat. Das chinesische Volk muß frei sein, sein eigenes nationales Leben so zu leben, wie es selbst es wünscht. Der Minister betonte dann weiter, daß die Befriedung und Einigung Chinas eine schwierige Aufgabe sei, weil das chinesische Volk noch nicht reif genug sei, sich selbst zu regieren. In keinem Falle könne aber Japan den Plan gutheißen, der sich auf diese Sachlage gründe, nämlich die chinesischen Eisenbahnen einer internationalen Verwaltungskontrolle zu unterstellen. Die Gerüchte, daß China auf dem Wege sei, ein kommunistischer Staats zu werden, hält der Minister für nicht der Rede wert.

Der Minister ging dann auf das Verhältnis Japans zu Rußland über und betonte, daß diese beiden Länder so viel gemeinsame Interessen hätten, die sie zwängen, ihre Freundschaftsbeziehungen aufrechtzuerhalten. Der Minister erörterte dann Japans Beziehungen zu den Vereinigten Staaten und erklärte, die Vereinigten Staaten und Japan sollten in herzlicher Freundschaft zusammenleben und einer mit dem andern zusammenarbeiten an der großen Mission, den Frieden und die Sicherheit in den Gebieten des Stillen Ozeans und der Welt zu fördern. Japan bedaure die besondere Klausel des amerikanischen Einwanderungsgesetzes von 1924 gegen die Japaner. Diese Frage sei noch nicht endgültig geregelt. Der wichtigste Punkt in dieser Frage sei, daß das amerikanische Volk zu einem gerechten Verständnis des japanischen Volkes und seiner Anschauungsweise komme.

Wiederaufnahme der Kämpfe bei Schanghai.

Aus Schanghai wird berichtet, daß die Kämpfe die eine Woche lang geruht hätten, wieder aufgenommen worden sind. General Lu eröffnete von neuem den Angriff gegen die Rebellen Tschi und Sun. Seine Unternehmungen waren von vollem Erfolg begleitet und es gelang ihm, die Forts einzunehmen, die den Eingang zum Jangtsefluß beherrschen. Nach schweren Kämpfen wurden die Truppen des Generals Tschi gezwungen, sich auf Sutschau, 24 englische Meilen von Schanghai zurückzuziehen. Dort bemüht sich Tschi jetzt eine neue Front herzustellen. Das weiße russische Regiment das sich unter den Truppen Lus befindet, soll sich außerordentlich ausgezeichnet haben. Die Soldaten Tschis seien in einer Art aus ihren Befestigungen getrieben worden, die man bisher im chinesischen Bürgerkrieg noch nicht erlebte.

Eindrücke einer Rußlandfahrt.

Ein zutreffendes Bild von der Lage in der Sowjetunion und der Gestaltung der dortigen Verhältnisse kann sich nur der Reisende machen, der Rußland in den letzten zwei Jahren mehrfach besuchen konnte. Nur durch einen Vergleich läßt sich eine einigermaßen richtige Vorstellung davon gewinnen, wie sich die Oktoberevolution auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens Rußlands auswirkt.

Schnellerer Verkehr.

Während sich der Eisenbahnverkehr mit dem Auslande im Jahre 1922 noch im Anfangsstadium befand und eine Fahrkarte nach Petersburg oder Moskau nur durch die Handelsvertretungen in Riga oder Reval zu erlangen war, ist jetzt der Eisenbahnverkehr mit dem Auslande nach europäischem Muster geregelt. Von der russischen Grenze bis Moskau verkehren nun auch Speisewagen. Die Kupees sind reichlich mit elektrischem Licht ausgestattet, ungemein sauber, reine Wäsche steht überall zur Verfügung. Auch innerhalb Rußlands ist auf den Hauptstrecken, selbst bis nach Wladiwostok hin, der Verkehr vollkommen geregelt. Speise- und Schlafwagen sind auf den Magistralen vorhanden. Allerdings ist der Verkehr, sobald man sich auch nur wenig von den Hauptmagistralen abwendet, schwierig und dauert sehr lange. Auf vielen Nebenstrecken verkehren nicht selten nur Züge mit harten Waggons, also nur mit 3. Klasse. Die Verbindung zwischen den Hauptstädten der einzelnen Sowjetrepubliken sind noch bescheiden. Andererseits verdient hervorgehoben zu werden, daß bereits ein Kursbuch vorhanden ist, das auch in deutscher Sprache bei der Derutra und ihren Filialen erhältlich ist. In den Hotels sind Fahrpläne mit genauen Angaben der Ankunft- und Abgangszeiten auf allen Strecken Sowjetrußlands ausgehängt.

Seitens der russischen Eisenbahnverwaltung wird angestrebt, die Verkehrsdauer wenigstens auf den Hauptstrecken erheblich zu kürzen. So verkehrt jetzt ein Zug zwischen Leningrad und Moskau, der nur 12 Stunden unterwegt ist, und zwischen Moskau und Riga wird in allernächster Zeit die Verkehrsdauer von 34 auf 23 Stunden herabgesetzt. Die Fahrtdauer von Moskau nach Wladiwostok ist auf zwölf Tage festgesetzt. Andererseits wird die Zahl der Schnellzüge, um eine Ersparnis im Budget zu erreichen, eingeschränkt, und vielfach verkehren auf den Hauptmagistralen Schnellzüge nur ein- bis zweimal wöchentlich.

Mehr Hotels.

Während noch vor zwei Jahren in den Hauptstädten Rußlands nur wenig Hotels anzutreffen waren und sich im vorigen Jahre noch viele in Reparatur befanden, ist die Hotelfrage in den Hauptstädten Rußlands nun nicht mehr so akut. In Moskau kann man beispielsweise im Savoyhotel Zimmer mit Bad und Telephon erhalten, ebenso in Leningrad, wo das alte „Grand Hotel d'Europa" wieder dem Verkehr übergeben und mit allem Komfort ausgestattet worden ist. Das amtliche Zuweisen von Zimmern an Ausländer hat aufgehört. Man kann auch dann und wann gut möblierte Privathäuser finden, wie zum Beispiel in Rostow und in Jaroslaw, wo sich die Unterkunft und die Behandlung der Gäste viel angenehmer und zuvorkommender gestaltet. Der größte Teil der Hotels ist im Besitz der staatlichen Institutionen, sie werden vom Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten resp. von den städtischen Sowjets verwaltet. Es sei hierbei bemerkt, daß die Hotels, die in den Händen des Kommissariats für Auswärtige Angelegenheiten sind, meistens besser verwaltet werden als diejenigen der Kommunen.

„Man bittet auf Sauberkeit zu halten!"

Was gegen das Vorjahr in Sowjetrußland besonders auffällt, ist das ungewöhnlich starke Streben nach Sauberkeit.

Während der Eisenbahnfahrt auf längeren Strecken werden die Kupees oft gefegt und aufgeräumt. Überall findet man die Inschrift: „Man bittet, auf Reinheit zu halten." Das Wegwerfen von Zigarrenstummeln, Streichhölzern usw. wird sogar bestraft. Auf den Straßen sieht man zahlreiche Urnen aus Blech zum Hineinwerfen von allerlei Abfällen und Papier. Spottend sprechen jetzt die Moskauer vom „Urnenfimmel", der die russischen Machthaber ergriffen habe. Aber bei alledem tritt ein sehr ernster Unterton selbst bei solchen Kleinigkeiten zutage.

Das uniforme Moskau.

Das äußere Bild von Moskau hat sich im Vergleich zu den letzten zwei Jahren entschieden gebessert, aber nicht nach der Seite der Eleganz hin. Man trifft jetzt allerdings seltener Leute, die in zerrissenen oder halbzerrissenen Kleidern herumgehen, jedoch ist der Gesamteindruck viel einfacher. Selbst in den Theatern, die meistens überfüllt sind, sieht man nur einfach gekleidete Leute. Alles macht den Eindruck einer gleichmäßigen Nivellierung nach der bäuerlichen und Arbeitsseite hin, so daß man schließlich von einer Gesamtwirkung der Masse sprechen kann. Als Individium fällt meistens nur der Ausländer in den Großstädten auf. Es sieht fast wie eine Uniformierung der Bevölkerung aus. Charakteristisch ist, daß seit dem 20. Dezember wiederum eine gleichmäßige Kleidung für die „Iswoschtschiks" (Droschkenkutscher) eingeführt ist, blauer Kittel, grüner Gurt und grüne Mütze, die behördlich geliefert wird.

Das revolutionistische Theater.

Schon immer ging die russische Kunst ihre eigenen Wege und lieferte dem Auslande vielfach Anregungen. Jetzt beobachten wir in Rußland im Zusamenhang mit der Revolutionisierung des ganzen Landes eine Revolution speziell auf dem Gebiete des Theaterlebens. Hier wird mit großem Temperament nach neuen Wegen gesucht, um das Theater auch dem neuen Zuschauer, dem Volke zugänglich zu machen. Zwar wird oft noch immer die alte Tradition im Drama, im Lustspiel, in der Oper und im Ballett beibehalten, aber auf allen Gebieten sind starke, neue Strömungen. Man beobachtet, daß die früheren kaiserlichen Theater in Petersburg und Moskau lange nicht so überfüllt sind wie die Theater, wo die neuen Aufführungen und die neuen Auffassungen zutage treten. Moskau weist jetzt 19 Theater auf.

Neue Wege werden jetzt auch auf dem Gebiete des Kinos eingeschlagen. Auch die Kinokunst ist verstaatlicht und wird in den Dienst der Propaganda gestellt. Bei alledem ist große Kunst auch hier nicht zu leugnen. Zur Zeit werden aus dem Auslande nur sehr wenig Films eingeführt. Interesse ist nur für ausländische Films belehrenden Inhalts vorhanden. Man versucht auch den Film im kommunistischen Sinne umzugestalten, und man kann von einer eigenen Filmkunst in Rußland sprechen.

Dr. A. Markow, in der Zeitschrift „Der Osteuropamarkt".

Etwas über den Frauenerwerb.

Schon immer war in der Familie die Berufsfrage der Kinder eine brennende, denn nur der richtige, passende Beruf macht aus diesen den reifen, vollbefriedigten Menschen und gibt volle Ausnutzung der Kräfte. Früher beschränkten sich diese Berufssorgen auf den männlichen Teil der heranwachsenden Jugend, die Tochter bekam eine gute häusliche und bis zu einem gewissen Grade wissenschaftliche Erziehung und blieb im Elternhaus, bis sie einen Mann gefunden und heiratete. Meist wurden alle verfügbaren finanziellen Kräfte für die Ausbildung der Söhne aufgebraucht, die Tochter erhielt bei ihrer Verehelichung dann als Ausgleich eine Ausstattung, oder kam es nicht dazu, so wurde sie bei der Erbschaft mit einem kleinen Kapital bedacht, daß sie als Familientante ein bescheidenes, oft sehr bescheidenes Leben führen konnte. Aber oft schon verschlang das Studium der Söhne so viel, daß für die arme Tochter nichts übrig blieb — —, und was sie dann machte, ja, das war meist ihre Sache, und leicht war es für sie nicht, sich als altes Mädchen noch einen Erwerb zu suchen, wo sie keinerlei Vorbildung dafür besaß. Es wurde dann die früher typische vergrämte, verbitterte, alte Jungfer aus ihr. So war es noch vor dem Krieg, doch diese große Zeit warf, Gott sei Dank, mit vielem anderem auch diese lang eingewurzelten, schon Sitte gewordenen Gewohnheiten über den Haufen und schaffte neue Zustände und Tatsachen, die zuerst natürlich noch vielerlei Unausgeglichenheiten und Mängel an sich hatten, sich aber nach und nach zu gesunden, befreienden Normen für die Frauen auswachsen werden.

Jedoch ist für die Eltern nun eine neue Sorge hinzugekommen, jetzt heißt es nicht nur: „Was soll unser Sohn werden", sondern auch gleichzeitig: „Welchen Beruf soll unsere Tochter ergreifen?" Hieraus ergeben sich, besonders in finanzieller Hinsicht, wieder neue Probleme. Früher wurde die Geldseite, wie oben schon erwähnt, erledigt, wobei ja meist die Töchter die Benachteiligten waren. Es wird jetzt kaum noch eine Familie ihre erwachsene Tochter ohne Beruf im Haus behalten, nicht allein aus dem Grunde, daß in diesen schweren Zeiten untätige Kräfte, die nichts verdienen und nur Kosten verursachen, nicht geduldet werden können, sondern auch hauptsächlich im Hinblick auf die sehr ungewiß gewordene Verehelichungsmöglichkeit hin, welche sonst eine Begrenzung des Verbleibens gab.

Der Krieg hat recht ungünstige Eheziffern geschaffen und derartig unter den Männern aufgeräumt, daß erst jedes dritte Mädchen auf einen Mann rechnen darf, wenn — ja, wenn auch wirklich alle Männer ihren Pflichten gegen den Staat nachkämen und einen Hausstand gründeten. Viele sind durch Krankheit davon ausgeschlossen, vielen behagt das Junggesellensein so, daß sie gar nicht daran denken, dieses ungebundene, nur ums liebe Ich sorgende Dasein aufzugeben, so daß sich die vorhin angegebenen Ziffern noch weit ins Ungünstige hin verschieben. Billigen nun auch die Eltern der Tochter gleiche Erziehungsgelder wie dem Sohne zu, so taucht hierbei noch eine neue Frage auf und drängt zur Entscheidung: sollen diese Gelder, welche auf die Tochter entfallen, nun ganz für die Berufserziehung ausgegeben werden, oder nur teilweise dazu verwandt und das Erübrigte zu einer eventuellen Ausstattung verwahrt werden? Denn natürlich muß die Möglichkeit einer Verehelichung ins Auge gefaßt und mit ihr gerechnet werden. Da würde die Tochter wieder in ihrer Ausbildung hinter dem Bruder zurückstehen müssen, während wir doch die gleiche gute Vorbedingung zum Kampf um den Erwerb für die Frau, wie für den Mann anstreben, also gleich gute berufliche Ausbildung für die Tochter, wie für den Sohn fordern. Ich bin unbedingt dafür, alle nur möglichen finanziellen Kräfte für die Erziehung und Ausbildung zu verausgaben, und wünschte eine Entwicklung der Verhältnisse, wie ich sie weiter unten auseinandersetzen werde. Natürlich kann man nicht verlangen, daß sich alteingewurzelte Gepflogenheiten im Handumdrehen ändern können, alles braucht zum guten Ausreifen seine Zeit, aber das Elternhaus kann vieles in das Kind einpflanzen, was dann die späteren Forderungen erleichtert. Unsere heranwachsende Jugend muß so vieles anders lernen und mehr lernen, wie wir es gelernt haben, um im jetzigen Wettlauf bestehen zu können, und nicht aufmerksam genug können sich die Eltern mit Zeitfragen beschäftigen, um nichts zu versäumen und Wichtiges etwa achtlos beiseite zu lassen. Bei der Erziehung der Töchter wird dieses meist der Mutter zufallen. Doch leider gibt es viele Frauen, welche der Meinung sind, daß es ausgeschlossen sei, sich neben der anstrengenden Tätigkeit der Hausfrau noch mit den Zeitfragen zu beschäftigen. Es geht aber, liebe Mutter, es geht wirklich, wenn Du es nur richtig anfaßt, doch davon ein andermal. Doch nicht eindringlich genug kann ich die Mütter erinnern, die Töchter mit modernen Lebensforderungen bekannt zu machen, sie erleichtern dann später dem jungen Mädchen vieles, wenn das Leben hart seine Einsetzung beansprucht. Und noch einmal dringe ich darauf: gleich gute Ausbildung der Tochter, wie dem Sohne!

Wie wird es nun aber, wenn die Tochter sich nach kürzerer oder längerer Zeit ihrer Berufstätigkeit doch verheiraten kann? Wer verschafft nun die Ausstattung, da doch die Mittel hierfür bei der Berufsausbildung verbraucht wurden? Früher war dies für den Mann sehr bequem. Der gute Schwiegervater griff, wenn auch schwer seufzend, tief in seine Tasche und stattete das Nest aus bis auf das Bild an der Wand. Die Tochter hatte es ja quasi zu fordern. Nun muß die Umstellung zu ihrem Recht kommen. Das junge Paar wird sich seine Ausstattung selbst erarbeiten müssen, und zwar denke ich dabei auch wieder mal ganz „kommunistisch": Beide zu gleichen Teilen. Warum soll der Mann nicht auch das Seine dazu beitragen, das Heim zu schaffen? Denn die ganze Stellung der Frau hat sich ja zur Gleichberechtigung verschoben, sie kann auch in der Ehe noch mitverdienen, bis sie Kindersegen zur Aufgabe ihres Berufes zwingt und ihr die schönste Frauenpflicht, die der Hausfrau und Mutter, auferlegt. Die tüchtige, moderne Frau wird aber auch dann noch Mittel und Wege finden, bei Notwendigkeit sich einen Nebenverdienst zu verschaffen, denn sie kann etwas, sie hat etwas gelernt, während früher alle Erhaltungssorgen der Familie auf dem Manne lagen und er dadurch zu der Vorforderung der Ausstattung wohl berechtigt war. Da ja jetzt, Gott sei Dank, die übertriebenen Luxusforderungen inbetreff Wohnung, Einrichtung usw. stark gesunken sind, die Wohnungsnot macht ja schon einen dicken Strich durch alle allzu üppigen Gelüste —, und man bescheiden und einfach anfängt, so wird es dem jungen Paar auch sicher nicht allzu schwer fallen, sich ein behagliches kleines Heim zu schaffen. Sie sollen sich ruhig darum mühen müssen, desto wertvoller und lieber wird es ihnen werden, und der weitere Ausbau wird ihnen ganz andere Befriedigung und Freuden des Besitzes bringen, als das frühere mühelose Erreichen, und ganz anders harmonisch und anpassend wird solch Heim um sie herumwachsen, als früher die fertig vom Tischler zusammengestellte Einrichtung, bei der ja zwar sogar die Bilderrahmen und die Fußbank durchaus stilecht, aber das Ganze auch oft so unpersönlich war.

Wenn die Eltern ihren Kindern schon frühe dieses alles als selbstverständlich hinstellen, daß sie einmal selber für die Ausstattung des künftigen Heimes Sorge zu tragen haben, so werden sie nichts Besonderes dabei finden und gern und freudig dafür das ihre tun. Viele werden nun der Meinung sein, daß solche Anforderungen die Ehelust, bei den Männern besonders, sehr einschränken wird, ich glaube es aber nicht. Da müßte ja erst recht der Neger, der für seine schwarze Schöne oft bis zu fünfzig Hammel oder Ochsen zahlen muß, während sie nur sich selbst mitbringt, von Eheflucht befallen sein. Im Gegenteil, rastlos stiehlt der Brave, bis er die Hammel zusammen hat, und sich seine Teure, im wahrsten Sinne des Wortes, heimholen kann. An der Ehescheu sind ganz andere soziale Zustände schuld, die zu erwähnen nicht in den Rahmen dieses Schreibens gehört. Nun aber zurück zum Beruf der Töchter, der schweren Frage: „Welcher Beruf ist der richtige?"

Diese Frage muß besonders eingehend behandelt werden, denn ein falscher Beruf kann das Unglück eines ganzen Lebens sein. Bei uns als Auslandsdeutschen fallen eine Menge gerade von Frauenberufen fort, welche in Deutschland Tausenden von jungen Mädchen ein gesichertes, gutes Brot geben; ich denke dabei vor allen Dingen an die vielen sozialen und Erziehungsberufe. Auf die einzelnen Berufe näher einzugehen, behalte ich mir für

Die Mutter.

Roman von Lola Stein.

(42. Fortsetzung.)

„Sie bedeutet mehr, als man sich meistens klar macht," sagte die Schauspielerin. „Gerade in unseren, in Künstlerkreisen, heiraten die jungen Leute oft in rasender Verliebtheit, ohne daran zu denken, daß sie überhaupt nicht für die Ehe taugen. Ich behaupte, daß kein Künstler, kein schaffender und kein reproduzierender Künstler sich für die Ehe eignet. Daß wir Egoisten sind und sein müssen, wenn wir etwas Wirkliches leisten wollen. Daß man uns nicht fesseln und nicht ketten kann. Nicht mit den Rosenketten der Liebe und nicht mit den goldenen des Luxus."

Es war einen Augenblick still nach ihren Worten. Dann sagte Udo, und sein Auge suchte Uschis Blick:

„Du darfst nicht so verallgemeinern, Ruth. Es gibt wundervolle, harmonische Künstlerehen."

Uschi hielt die Augen beharrlich zu Boden gesenkt. Ihr war das Gespräch schrecklich, es tat ihr weh. Ruth Carini aber lachte spöttisch auf:

„Zeige sie mir, Udo! Zeige mir eine Ehe in unseren Kreisen, die, sagen wir fünf oder sechs Jahre besteht — denn zuerst ist beinahe jede Liebesheirat glücklich — und noch so ist, wie Du sie eben schilderte."

„Das kann ich," erklärte er lebhaft, und nannte ein paar Namen bekannter Bühnenkünstler. Aber die Carini lachte wieder.

Von der einen Ehe wußte sie, daß der Mann die Frau betrog, bei dem anderen Paar hatte die Frau einen Freund. Sie kannte von allen den intimsten Klatsch, jedes Skandälchen, ließ an keinem Menschen ein gutes Haar.

„Du bist zersetzend, Ruth," rief Udo endlich ärgerlich.

„Aber doch auch anregend, befruchtend, Udolein! Wenigstens hast Du mir dies in den letzten Wochen oft gesagt."

„Du kannst es sein, wenn Du willst, Ruth. Denn Du bist ein genialer Mensch. Aber der tiefste Zug Deines Wesens ist doch destruktiv."

„Mag sein." Sie zuckte die Achseln. „Viele Frauen sind destruktiv. Die wenigsten sind so wie Schatzi."

Sie streichelte Ellen die feine Hand. Von Uschi sprach sie nicht. Die kleine Frau kam wohl überhaupt nicht für sie in Betracht.

Zum erstenmal empfand Udo es. Er ärgerte sich.

Ruth Carini erhob sich und warf ihre glimmende Zigarette fort. „Wozu wollen wir weiter theoretisieren, Kinder. Laßt uns zur Praxis übergehen. Mir ist ein Anwalt empfohlen worden, der fabelhaft sein soll. Aber ich fürchte mich vor diesem Besuch. Ich bin sonst nicht feige, aber allein mag ich nicht gehen. Tu mir die Liebe, Udo, und begleite mich."

Uschi fuhr auf. Mit einem wehen Blick voller Furcht, voller Liebe sah sie auf ihren Mann. Die Frauen sahen den Blick. Ruth Carini lächelte kalt und hohnvoll.

„Ich weiß, daß Du heute nachmittag Zeit hast, nicht in den „Meteor" gehst. Also tu mir den Freundschaftsdienst und komm mit mir, Udo," bat Sie noch einmal mit ihrer weichen Stimme.

Er zögerte noch. Er wäre gern daheim geblieben, aber er mochte der Freundin den Wunsch nicht versagen. Da sagte Ellen, die ein plötzliches weiches Mitleid mit ihrer Schwiegertochter empfand, aus der großen Güte ihres Herzens heraus, die immer wieder, auch Uschi gegenüber, durchbrach:

„Ich werde mit Dir gehen, Ruth. Laß den Jungen nur zu Hause bleiben. Er sieht so abgespannt aus und soll heute abend doch frisch sein. Ich finde ja auch, Du solltest Dir diese Unterredung lieber für einen anderen Tag lassen."

„Sie muß heute sein," erklärte die Schauspielerin. Sie verbarg ihre Enttäuschung nur mühsam. Aber sie konnte gegen Ellens Begleitung nichts sagen, da sie immer und immer wieder ihre große Freundschaft für Ellen betonte und Ellens Klugheit und Umsicht pries.

„Ich hätte sonst keine Ruhe, heute abend zu spielen." Sie sah noch immer auf Udo, wartete auf ein Wort von ihm, daß er mit ihr kommen wollte. Aber ihm bedeutete Ellens Vorschlag Erleichterung. So konnte er doch daheim bleiben, sich endlich seiner kleinen Uschi ein Stündchen widmen.

„Nun wird es aber höchste Zeit, daß wir gehen, Schatzi," sagte Ruth. Ihre Stimme klang schleppend und plötzlich müde. „Dann also heute abend auf Wiedersehen, Udo."

Kühl und fremd, wie beim Kommen, reichte sie Uschi die Hand. Dann gingen die beiden Frauen. Das junge Paar blieb allein.

XX.

Uschi brach in Tränen aus. Erschrocken sprang Udo auf und eilte an ihre Seite.

„Geliebtes, was hast Du denn? Wer hat Dir etwas getan?"

„Du fragst noch?" schluchzte sie. „Du fühlst gar nicht, welche schreckliche Pein mir die ständige Anwesenheit dieser Frau bedeutet, Udo?"

„Liebling, daß Du sie nicht magst, weiß ich. Aber das klingt ja beinahe wie Haß, Uschilein. Sei nicht ungerecht, Liebstes."

„Ich kann nicht für meine Gefühle. Und die Art, wie sie mich behandelt, wie Du mich behandeln läßt, ist empörend."

„Aber Kindchen!"

„Doch, es ist so. Widersprich nicht! Du hättest Dich lange von ihr zurückziehen müssen, da Du weißt, wie schrecklich mir ihre ewigen Besuche sind."

Er strich sich nervös über das Haar. „Das alte Lied. Ich habe Dir oft gesagt, warum ich Dir diesen Wunsch nicht erfüllen konnte. Du respektierst meine Arbeit sehr wenig, Uschi."

„Ach, Deine Arbeit! Für Deine künstlerische Zukunft ist dieser Sketsch doch ganz belanglos."

„Aber für mein Fortkommen nicht. Du wirst den Erfolg sehen. Mein Name wird genannt. An einen Erfolg schließen sich neue, bessere. Und ich darf auch die materielle Seite nicht außer acht lassen. Hundertmal habe ich Dir das alles erklärt. Aber Du bist wie ein Kind, das nicht hören will."

„Ich bin kein Kind, Udo. Wenn ich eines war, so haben die letzten Monate mich zu einem ernsten Menschen gemacht."

(Fortsetzung folgt.)

später vor, ich möchte nur noch über etwas einige Worte sagen, das ist: der finanzielle Erfolg der Frauenarbeit.

Wenn die Frau dieselbe Vorbildung wie der Mann hat, dasselbe leistet, müßte da nicht auch die Bezahlung die gleiche sein? Und wie steht es damit? Die Frau erhält höchstens ¾ der Gehälter des Mannes. Warum? Wir Frauen können nicht scharf genug Protest gegen solche Tatsachen erheben! Da wurde mir einmal auf meine diesbezügliche Frage als Antwort gesagt: „Die Frau braucht doch weniger zum Leben, sie stellt sich vieles selber her, wie ihre Kleider, und kann sich das Leben billiger einrichten.“ Etwas Unlogischeres als diese Begründung ist mir noch nicht vorgekommen! Warum muß die Frau sich vieles selbst herstellen, wie ihre Kleider, ihre Wohnung reinigen usw.? Weil sie zu gering bezahlt wird, weil ihr Geld nicht dazu reicht. Hat der Mann seine Dienststunden erledigt, so lebt er die anderen für sich und seinem Behagen oder seiner Weiterbildung, und ist den nächsten Tag frisch für die dienstlichen Anforderungen. Kommt das junge Mädchen aus ihrem Beruf, so erwarten sie meistens die tausenderlei häuslichen Pflichten, die sich oft noch dadurch verdoppeln, daß sie infolge der zu niedrigen Bezahlung sich kein eigenes Zimmer halten kann und in der eigenen Familie oder mit anderen zusammenwohnen muß. Ihr Tag hat oft keine Freistunde, wo soll dann die nötige Frische und Spannkraft für den nächsten Tag herkommen? Und dann heißt es: die Frau ist weniger widerstandsfähig und verbraucht sich schneller im Beruf! Falsch geraten! sie ist überlastet mit Pflichten infolge der Minderbewertung ihrer Arbeit! Ich denke dabei auch an einen vorzüglichen Aufsatz von Marie Meyer, Danzig, welcher von den schweren Problemen des Frauenerwerbs spricht, von der Notwendigkeit, daß die Frauen in ihrem Beruf die Lebensbefriedigung finden, als Ausgleich, daß ihr der natürliche Beruf der Mutterschaft versagt bleibt, daß sich trotz dieser Entsagung ihr moralischer Stand auf reiner Höhe hält! Sie spricht auch von der unbedingten Forderung von Ruhe- und Erholungsstunden für die Frau, welche ihr die schaffende Spannkraft zu ihrer Arbeit geben sollen.

Die Hauptbedingung für alles das bleibt aber die hinreichende Bezahlung der weiblichen Arbeit. Alle Arbeitenden müßten fest darin verbündet sein, dies zu erreichen. Es ist dies jetzt doppelt schwer in dieser Zeit des Überangebots von Arbeitskräften, und ich weiß wohl, daß sich manche Berufsmöglichkeiten der Frau nur erschlossen haben, weil sie billiger war, wie die männliche Kraft. Das Gemeinsamkeitsgefühl müßte uns Frauen alle in die gleiche Reihe zum Kampf gegen die Entwertung unserer Arbeit stellen, und diese Denkungsart müßte dem jungen Mädchen schon im Elternhause eingepflanzt werden. Auch die Festigkeit und Härte, die es braucht, um die vielen Entsagungen, die ein reines Berufsleben für die Frau bringt, mit Bewußtsein und Freudigkeit zu tragen und nicht vergrämt zu werden, muß seinen Ursprung schon im Elternhause haben. An den Eltern wird es oft mit liegen, ob ein junges Mädchen sich zur kraftvollen Persönlichkeit auswächst oder, versagend, von dem Leben zur Seite geworfen wird.

Hannah.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 29. Januar.

Aus dem Stadthaushaltsvoranschlag für 1925.

Der Haushaltsvoranschlag der Stadt Posen für 1925, dessen Einbringung in der gestrigen Stadtverordnetensitzung verschoben wurde, schließt mit einer Gesamtsumme von 27 690 486 zł in Einnahmen und Ausgaben, gegenüber einer um ungefähr 33⅓ Proz. niedrigeren Gesamtsumme für das Jahr 1924. Im Gegensatz zum Haushaltsvoranschlag für 1924, der 5 Positionen mit Überschüssen vorsah, sieht der Voranschlag für 1925 nur 2 Überschußpositionen vor, und zwar ist es die Position der Steuerverwaltung mit 16 084 048 zł und der städtischen Grundstücksverwaltung, die im vergangenen Jahre weder mit einem Überschuß, noch mit einem Fehlbetrage veranschlagt war. Mit den größten Fehlbeträgen sind für das laufende Jahr veranschlagt: Allgemeine Verwaltung, Schulwesen und Armenfürsorge. Letztere nahm im Voranschlag für 1924 die 1. Stelle ein, während sie für das laufende Jahr an 2. Stelle steht. Die städtischen Unternehmen sind für 1925 im Gleichgewicht in Einnahme und Ausgabe veranschlagt, während im vergangenen Jahre das Elektrizitätswerk, die Gasanstalt, die Umladestelle und der Viehmarkt mit Überschüssen veranschlagt waren. Es sei noch bemerkt, daß der Voranschlag der städtischen Theater, der im Jahre 1924 mit einem Fehlbetrag von 98 761 zł veranschlagt war, im Voranschlag für 1925 dagegen in den Rahmen des Gleichgewichts gefaßt worden ist.

Einfuhrverbot für Klauenvieh aus Deutschland.

Nach einer veterinär-polizeilichen Verordnung des Posener Wojewoden ist die Einfuhr von Klauentieren aus Deutschland in das Gebiet der Wojewodschaft verboten worden. Übertretungen dieser Verordnung unterliegen strenger Bestrafung. Die Verordnung findet auch auf den sogenannten kleinen Grenzverkehr Anwendung.

Umrechnung der Unfallrenten usw.

Von der Landesversicherung erhalten wir folgende Mitteilungen mit der Bitte um Veröffentlichung zugesandt:

Umrechnung der Arbeits-Unfallrenten.

Im „Dziennik Ustaw“ vom 31. Dezember 1924 ist eine Verfügung des Staatspräsidenten veröffentlicht über die Umrechnung der Renten für Arbeitsunfälle. Diese Verfügung sieht für Renten, die für Unfälle gezahlt werden, die im Jahre 1914 und früher erlitten wurden, 1,20 zł für jede Mark der Grundrente vor, für Unfälle im Jahre 1915 1,15 zł, für 1916 1,10 zł, für 1917 erstes Halbjahr 1 zł, für 1917 zweites Halbjahr 0,90 zł, für 1918 erstes Halbjahr 0,80 zł, für 1918 zweites Halbjahr 0,60 zł. Bei Unfällen dagegen, die nach dem Jahre 1918 erlitten wurden, wird nicht die Rente, sondern der Verdienst des Beschädigten umgerechnet, der als Grundlage zur Bemessung der Rente dient, nach den Grundsätzen, die dem Verhältnis der polnischen Mark zum Zloty entsprechen. Die auf obige Weise umgerechneten Renten werden im Jahre 1925 in Höhe von 70 Proz., im Jahre 1926 in Höhe von 80 Proz., im Jahre 1927 in Höhe von 90 Proz., im Jahre 1928 und den folgenden Jahren in voller Höhe ausgezahlt. Die Landesversicherungsanstalt ist bereits an die Umrechnung der Renten herangetreten, und spätestens bis zum 1. April werden alle Berechtigten die ihnen zustehenden Rentensummen erhalten.

Die Einreichung von Erwerbsausweisen für die Unfallversicherung.

Ende Januar läuft der Termin ab, innerhalb dessen an die Unfallversicherungsabteilung der Landesversicherungsanstalt Ausweise über die im Jahre 1924 gezahlten Verdienste eingeschickt werden müssen. Unternehmen, die die betreffenden Ausweise nicht rechtzeitig einsenden, verlieren das Recht, eine Klage einzureichen für den Fall, daß die Landesversicherungsanstalt ihnen von Amts wegen höhere Gebühren auferlegt, als die, die zu zahlen wären.

Neue Liquidierungen.

Zur Liquidierung bestimmt sind laut „Mon. P.“ Nr. 16 und 18 das Grundstück in Kolmar, ul. Traugutta 13, Besitzer Karl Schöderze und seine Ehefrau Helene, geb. Puder, und die Rentenansiedlung Mieleszyn 2 b und 26c, Kreis Gnesen, Besitzer Wilhelm Schafeld und seine Ehefrau Marie, geb. Huck.

Für Hilfslehrkräfte.

In den Zeiten des Neubaues des Schulwesens nach dem Wechsel der Staatshoheit herrschte in unserem Gebiet der empfindlichste Lehrermangel. Damals forderte die Staatsbehörde junge Leute mit halbwegs geeigneter Vorbildung auf, als Hilfslehrer und Hilfslehrerinnen in den Schuldienst zu treten und bereitete sie in schnellen Kursen verschiedener Art auf die Lehrtätigkeit vor. Die jungen Leute gaben zum Teil andere Berufe auf, in der Hoffnung, daß sie sich durch die Lehrtätigkeit in eine Lebensstellung hineinarbeiten könnten, und nicht wenige von ihnen waren bestrebt, sich die fehlende Ausbildung durch eifriges Selbststudium anzueignen.

Diese Hoffnung trog, die Hilfslehrkräfte sind meist entlassen worden, sobald anderer Ersatz verfügbar wurde. Man ließ die Entlassenen nicht einmal mehr zu den erleichterten Prüfungen zu, die man für die glücklicheren, im Dienste verbliebenen einrichtete. Dieser offenbaren Härte hilft jetzt ein Runderlaß des Ministers, Nr. 213 vom 30. Oktober 1924 ab. Er gestattet, daß die Hilfslehrer, die im Jahre 1924 entlassen sind, im Laufe des Schuljahres (also bis Juli 1925) die 1. Lehrerprüfung noch vor den Sonderkommissionen ablegen können, die für die noch im Amte stehenden Hilfslehrkräfte bereits eingesetzt sind. Hoffentlich wird er bald durch einen weiteren ergänzt, der auch den vor 1924 entlassenen Hilfslehrkräften noch die Wohltat der Prüfungsmöglichkeit gewährt.

---

s. **Gestorben** ist am 26. d. Mts. im Alter von 48 Jahren der Vertreter des Kommandeurs des 17. Ulanenregiments, Oberst Wiktor Kochanowski.

Der Verband der Handels- und Gewerbekammern Westpolens hat seinen Sitz nach Bromberg verlegt. Die Geschäftsführung des Verbandes, dem die Kammern in Posen, Bromberg, Graudenz, Thorn und Kattowitz angehören, und die bisher der Posener Handelskammer oblag, wurde mit dem 1. d. Mts. der Bromberger Kammer übertragen.

× **Eisenbahnverkehr.** Die Eisenbahndirektion Posen bittet uns, folgendes mitzuteilen: Vom 1. Februar ab wird der Fahrplan der Personenzüge auf der Strecke Wreschen—Stralkowo (Kutno) folgendermaßen geändert: Der bisherige Zug 1026 (Posen Abfahrt 10.30 abends) wird die Nummer 1314 mit Verlängerung nach Stralkowo bzw. Kutno tragen. (Stralkowo Ankunft 12.35 nachts, Abfahrt 12.45, Kutno Ankunft 4.30 nachts, Warschau 7.30 früh.) Der gegenwärtige Zug 1314 erhält die Nummer 936 und wird ein Lokalzug ohne Anschluß auf der Station Stralkowo in der Richtung Kutno bzw. Warschau sein. Der gemischte Zug 1351, der jetzt aus Kutno um 12.5 nachts abgeht und um 5.25 nachts in Stralkowo eintrifft, wird im Anschluß an den Zug, der um 11 Uhr nachts aus Warschau abgeht, aus Kutno um 3.15 nachts abfahren und um 6.50 morgens nach Stralkowo als Personenzug kommen, wo Anschluß an den Zug 933 erfolgt (bisher 1053/1023). Abfahrt aus Stralkowo 7.5 morgens, Ankunft in Posen ebenso wie gegenwärtig um 9.30 vormittags. Angesichts der Verlängerung des gegenwärtigen Zuges 1026 (neuer Zug 1314) aus Wreschen nach Stralkowo und der Änderung der Ankunftszeit des Zuges 1351 (neuer Zug 1315) in Stralkowo kommt der Zug 1022 zwischen den Stationen Wreschen und Stralkowo (Wreschen Abfahrt 6.5 früh, Stralkowo Ankunft 6.41 früh) in Fortfall. Der neue Zug 1314 (Posen Abfahrt 10.30 abends) wird zum ersten Male in der Nacht vom 31. Januar zum 1. Februar laufen.

Ratenweise Begleichung der Wojewodschafts-Getränkesteuer. Das Steueramt teilt mit, daß vom Finanzministerium durch Rundschreiben Nr. 88 vom 20. Dezember 1924, L. DPO. 8420/III die Genehmigung erteilt wurde zur Bezahlung der Wojewodschaftssteuer vom Umsatz von Getränken aus dem Ausschank und aus dem Kleinverkauf, festgesetzt für das erste Halbjahr 1925 in fünf gleichmäßigen monatlichen Raten, angefangen vom 15. Februar 1925, ohne Erhebung von Verzugszinsen. Anträge sind begründet und abgestempelt bei dem Steueramt einzureichen.

s. **Der Eintausch der kurz- und langfristigen Staatsanleihen** von 1918 und 1920 und der sogenannten 5prozentigen Marpożyczkas gegen konvertierte Staatsanleihen muß bis Sonnabend, 31. d. Mts., erfolgen. Vom 1. Februar ab wird der Eintausch nur in bar geschehen, und zwar zu dem Satze 1 800 000 Mark = 1 Złoty.

× **Beschlagnahmte Diebesbeute.** Auf dem 1. Polizeikommissariat an der ul. Gołębia (fr. Taubenstr.) befindet sich eine vermutlich aus einem Diebstahl herrührende doppelkapselige, 14karätige goldene Damenuhr, auf der einen Seite mit 5 Brillanten, auf der anderen Seite mit einem Monogramm G. M. oder M. G. versehen. — Auf dem 2. Polizeikommissariat an der Großen Gerberstraße befinden sich 4 vermutlich aus Diebstählen stammende vernickelte Zinnkreuze. Die Eigentümer können sich in den genannten Polizeirevieren melden.

× **Gestohlen** wurden nach dem Einschlagen der Schaufensterscheibe in dem Hutgeschäft Aleje Marcinkowskiego 55 (fr. Wilhelmstraße) ein Hut und ein Damenpelz im Werte von 350 zł.

s. **Vom Wetter.** Heute, Donnerstag, früh war 1 Grad Kälte.

Vereine, Veranstaltungen usw.

Freitag, den 30. Januar 1925. Verein Deutscher Sänger. 8 Uhr abends. Übungsstunde.

Der Evangelische Verein junger Männer ladet, worauf wir auch an dieser Stelle aufmerksam machen möchten, seine Freunde und Gönner für Sonntag, 1. Februar, abends 8 Uhr in den großen Saal des Evangelischen Vereinshauses zu einem Familienabend ein. Der Abend steht unter dem Leitwort „Treue“ und läßt dieses Motiv in Gesang und Gedichten, in Posaunendarbietungen und Vorträgen durchklingen. Die Abende, die in dieser Art der Verein schon seit Jahren mit dem gleichen Erfolge abhält, erfreuen sich großer Teilnahme von seiten aller evangelischen Kreise. Der Eintritt ist wie immer frei. Vortragsfolgen kosten 30 gr und sind am Eingang des Saales zu haben. Nach Schluß des Abends erbitten Vereinsmitglieder eine Sammlung zum Besten ihrer edlen Sache.

Der Stenographen-Verein Stolze-Schrey veranstaltet am Dienstag, 3. Februar, abends 8½ Uhr in der Loge, Grobla 25, eine Generalversammlung mit anschließendem gemütlichen Beisammensein (Vorträge, Tanz).

---

p. **Stenschewo**, 29. Januar. Beim Schlittschuhlaufen auf dem Lipnoer See ist gestern nachmittag 2½ Uhr der 23 Jahre alte Wacław Tabert eingebrochen und ertrunken. Ein in seiner Gesellschaft befindlicher Altersgenosse konnte ihm keine Hilfe bringen. Die Leiche wurde nach 1½ Stunden gefunden. Der hinzugezogene Arzt Dr. Biały konnte nur den Tod feststellen.

---

* **Birnbaum**, 28. Januar. Bei den durch die Schädigungen der Kieferneule erforderlich gewordenen Abholzungen in den benachbarten Wäldern wurde der Besitzer Paul Sperling aus Alt-Obra im Kreise Wollstein, der zur Mitarbeit angetreten war, gleich am ersten Tage seiner Beschäftigung durch einen fallenden Baum schwer verletzt. Er fand im hiesigen Krankenhause Aufnahme, starb dort jedoch nach einigen Tagen. — Auch andere Arbeiter sollen sich beim Baumfällen schwerere oder leichtere Armbrüche zugezogen haben. Wie verlautet, hat ein von hier stammender Arbeiter durch einen herabfallenden Stamm ein Bein dreimal gebrochen.

* **Bromberg** 28. Januar. In der Brahe ertrunken ist am Sonntag bei Oplawitz der sechsjährige Taddeusz Kulasiewicz. Die Leiche ist noch nicht geborgen und durch die starke Strömung vermutlich flußabwärts geführt worden.

s. **Kosten**, 28. Januar. Vorgestern hat das Tabaksmonopol den Kaufvertrag mit der Zigarrenfabrik

Viertes Sinfonie-Konzert.

Das „Meistersinger-Vorspiel“ als Avantgarde eines Programms zu wählen, das einen typisch slawischen Charakter hat, dünkt mich nicht als eine allzu glückliche Idee. Wagners Kunst ist derjenigen der sonst selbstverständlich sehr ehrenwerten Herren Karłowicz, Glazunow und Tschaikowsky innerlich zu wesensfremd, als daß hier eine geistige Brücke herstellbar wäre. Der Böhme Smetana z. B. hätte sich in Gesellschaft der Drei schon bedeutend wohler befunden. Genug, Wagner leitete das IV. Sinfoniekonzert der „Posener Philharmonie“ am vergangenen Sonntag ein, Tschaikowskys „Fantastische Ouvertüre Romeo und Julia“ (schon mehr „Sinfonische Dichtung“) bildete den Abschluß. Dazwischen eingebettet zwei Tonwerke von bescheidener Qualität: „Litauische Rhapsodie“ von Karłowicz und ein Violinkonzert von Glasunow. Am Dirigentenpult der erste Kapellmeister der Warschauer Oper, Herr Emil Młynarski. Ich mache ihm gern das Kompliment, daß ihm ein gut entwickelter Spürsinn eigen ist, dem die Goldadern einer Partitur nicht verborgen bleiben. Andererseits mußte ich jedoch an seiner Auslegung einer Orchesterkomposition höherer Gattung nur zu oft die Tatsache feststellen, daß, von Einzelheiten ganz abgesehen, der Dirigent mit Augenblickswirkungen kokettiert und zu blenden sucht und nur ausnahmsweise in der Tiefe des Inhalts einer Tondichtung schürft. In dem „Meistersinger“-Vorspiel gab es Takte, deren Phrasierung mitunter das Oberflächliche streifte. Die Tonfigur, wo Walters Preislied als führendes Motiv hineinbezogen ist, erschien außerordentlich verwischt, und es kostete oft Mühe, die maßgebenden Themen deutlich zu erkennen. Hinzu kam, daß Herr Młynarski in der Registrierung der dynamischen Faktoren nicht immer geschickt manövriert. Der tonmalerische Nachdruck, welcher auf die Meistersinger-Fanfaren am Schluß gelegt wurde, war gewiß gut gemeint, doch taten die Bläser des Guten zu viel; die Existenz der Streicher schien zeitweise aufgehört zu haben. Erwähnen möchte ich noch, daß dem Vorspiel als Zeitmaß „Sehr mäßig bewegt“ vorgezeichnet ist. Das bedeutet nun wohl nicht, daß man pedantisch starr sich an diese Vorschrift klammert und die Viervierteltakte dementsprechend behandelt. Gerade der Hinweis „bewegt“ sollte dem Dirigenten doch eine gewisse Bewegungsfreiheit gestatten. Ich hätte demzufolge gewünscht, daß Herr Młynarski bei Schilderung von Walters Liebessehnsucht dem Rubato größere Rechte eingeräumt hätte. Die Musik hätte dann sicherlich mehr Gefühlswärme abstrahiert. Eine bedeutend gehobenere Leistung war die Wiedergabe von Tschaikowskys „Romeo und Julia“. Der Komponist hat großzügig den bekannten Stoff tondichterisch für seine Zwecke benutzt und vielseitig nach seiner Art harmonisch überwebt. Die Darstellung des Verhängnisses, welches seinen Lauf nimmt und mit einer Katastrophe endet, ist dem russischen Sinfoniker mit genialer Schärfe und großartiger Ausdruckskraft gelungen. Der nachschöpferische Abzug war dessen würdig. Herr Młynarski ging hier aus sich voll heraus und führte mit seinem Orchester die tondramatische Szenerie einer Schicksalstragödie in all ihren ansteigenden Phasen glänzend durch. Die „Lithauische Rhapsodie“ von Karłowicz ist ein endloser Kreislauf einer völlig in Grau gekleideten Melodie, die leider nur zu kurze Zeit durch ein Tanzstück nationalen Charakters abgelöst wird, eine Erfrischung, welche das erlahmende Interesse wenigstens für Minuten weckt. Die musikalische Befruchtung dieses Zwischenbildes gelang dem Warschauer Gast ziemlich restlos. Über das Violinkonzert von Glazunow ist wenig zu sagen. Es ist weder originell noch formschön. Mit Ausnahme des dritten Satzes, wo der Komponist individuelle Züge hineinverpflanzt hat und geistreiche orchestrale Satzwendungen in Anwendung bringt, bleibt es sozusagen Fabrikware. Die Solopartie, welche nicht gerade geniales Können beansprucht, aber trotzdem eine ausgeglichene technische Reife voraussetzt, spielte Herr Konzertmeister T. Szulc solide und schwindelfrei. Die Fülle des Tons war allerdings nicht immer triumphierend und hätte oft mehr an Ausdehnung gewinnen können; doch mag sich der Geiger damit trösten, daß seine künstlerische Wachstumsperiode noch nicht abgeschlossen ist, Gott sei Dank noch nicht. Vorerst steht ihm ein hochwertiges technisches Rüstzeug zur Seite — die große Kadenz bewies es — er darf damit rechnen, daß auch ein zweifellos vorhandenes Kapital an geistigen Schätzen sich allmählich an seinem Spiel kultureller beteiligen wird. Was über das Orchester zu sagen ist, ergibt sich aus meiner Stellungnahme gegenüber der Leitung. Die Befehle (auch die angreifbaren) wurden in gewohnter Weise prompt ausgeführt, wenn es auch manchmal so schien, als ob einige Einsätze nicht vollkommen einheitliche Linien bildeten.

Lobend hervorheben möchte ich nochmals, daß die Musiker bei Aufrollung von Momenten höchster Spannung eine zielbewußte Ge- und Entschlossenheit zeigten. Bei Tschaikowsky trat dies sonderlich hervor. Die volle Universitätsaula dankte auf das herzlichste Herrn Młynarski und seinen tüchtigen Mitarbeitern.

Alfred Loake.

Der Deutsche als Kolonist.

Im Jahre 1923 hat ein Dr. Narwat die deutschen Kolonien im Kaukasus besucht. Bekanntlich ist der Kaukasus ein Gebirge, das doppelt so lang und breit ist wie die Alpen und beinahe doppelt so hoch. Zu seinen Füßen ist in den Tälern der Boden so fruchtbar wie am Fuße der Karpathen. Dorthin wanderten im Jahre 1815 Schwaben donauabwärts. Sie wanderten aus, weil infolge der napoleonischen Kriege Württemberg so arm geworden war, daß 80 vom Hundert des Einkommens für Steuern verbraucht wurden. Die damalige Reise ging nicht mit der Eisenbahn oder mit dem Flugzeug, sondern sehr langsam von statten und dauerte über ein Jahr, wobei viele Wanderer durch das Sumpffieber an der Donau oder in Odessa umkamen. Doch lassen wir den Verfasser aus seinem Buche, das er „Medea“ nennt, selbst reden:

„Doch genug von Tiflis! Kehren wir zu unseren württembergischen Auswanderern zurück, deren erste Kolonnen sich in oder bei Tiflis ansiedelten und der Anlaß zu dieser Abschweifung wurden. Die achte, neunte und zehnte unter Gottlieb Koch, Jakob Krauß, Johannes Wucherer, zusammen 135 Familien, verließen Tiflis im Dezember 1818 und langten nach einigen Monaten Winterrast in Elisabetpol, an der Stätte der verlassenen Tatarenniederlassung Chanochlar an — es war am Osterdienstag des Jahres 1819, 1¾ Jahr nach dem Aufbruch aus der Heimat. Was man vorfand, sah traurig aus, und man begreift es, daß sich die Schwaben anfänglich geweigert hatten, hierher zu gehen. Schutt, Trümmer und ringsum Steppe! Man hauste zunächst in den Planwagen oder in Zelten, dann in Stroh-, Schilf- oder Erdhütten. Bald drückte die ungewohnte Hitze. Das Wasser schlecht und gesundheitsschädlich. Bald waren es nur noch 118 Familien! Die Erfahrungen der Heimat konnte man nicht ohne weiteres verwerten, hier auf asiatischem Boden. Langsam mußte man sich dem Klima, die Landwirtschaft den veränderten Bodenbedingungen anpassen. „Helenendorf“ nannte man die Kolonie, nach der Großfürstin Helena Pawlowna, früheren Großherzogin von Mecklenburg-Schwerin, Alexanders jung verstorbener Lieblingsschwester. Die meisten Kolonisten, 19 Familien, unter ihnen die angesehenen Hummels und Vohrers, stammten aus Reutlingen.

Wo einst Ödland war, da erhebt sich heute ein stadtähnliches Dorf von mehr als 2200 Einwohnern mit Elektrizitätswerk und Oberrealschule. Helenendorf zeigt uns, wessen der Boden fähig ist, wenn die rechte Hand kommt, ihn zu pflügen. Helenendorf zeigt uns auch, was der Deutsche als Kolonist zu leisten vermag. Denn mit Stolz darf der schwäbische Bauer sagen: Wir haben diesen Boden uns erschaffen durch unserer Hände Fleiß!

Religiöse Beweggründe hatten mit dazu beigetragen, daß man die alte Heimat verließ. Alexander hatte den Auswanderern volle Religionsfreiheit gewährleistet auf dem Boden der „Konfessio Augustana“; auch sonst sei dankbar anerkannt, was Rußland für die ersten Kolonisten getan hat. Sie waren vom Militärdienst befreit und fünfzehn Jahre lang von jeglicher Steuer. Es wurde ihnen Freiheit der Muttersprache zugestanden, und diese feierlichen Versprechungen hat Rußland stets loyal gehalten; stets wußte man die Tätigkeit der Deutschen zu schätzen.“

Rosenberg unterschrieben. Die Fabrik beschäftigt etwa 1000 Arbeiter und war eine der größten.

* **Pelplin,** 21. Januar. Am Donnerstag hat ein unbekannter Täter spät abends im Hofraume des Hauses der Frau Wojak auf den Polizisten G. einen Revolverschuß abgegeben und ihn am linken Fuße verletzt, so daß G. einige Wochen dienstunfähig sein wird. Der Angreifer ist in der Dunkelheit entkommen.

* **Schwetz,** 23. Januar. Von einem Wildschwein schwer verletzt wurde der Förster Lemanczyk, der auf einem Dienstgange in seinem Revier, das zur Oberförsterei Jelena góra gehört, auf ein Rudel Wildschweine stieß. Er gab einige Schüsse auf diese ab und verletzte ein Mutterschwein, das sich nun auf den Förster stürzte und ihn derartig verletzte, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

* **Thorn,** 21. Januar. In seiner Wohnung in der Ulanenstr. versuchte ein 22jähriger Beamter in einem Anfall von Schwermut seinem Leben durch Erhängen ein Ende zu bereiten. Die Tat wurde von Mitbewohnern bemerkt, die sofort die Polizei benachrichtigten. Auf deren Veranlassung wurde der Lebensmüde ins Städtische Krankenhaus geschafft.

* **Thorn,** 25. Januar. Den Arbeitern in den Gas- und Elektrizitätswerken, die nach dem Streik am Mittwoch die Arbeit wieder aufgenommen hatten, ist eine Lohnzulage von 30 Prozent bewilligt worden. — In einem hiesigen Café versuchten zwei Gäste den Kellner mit unechten Zweizlotymünzen zu bezahlen. Der Kellner merkte aber die Fälschung und benachrichtigte die Polizei. Den „Kunden“ gelang es aber, noch rechtzeitig zu verduften. — Auf dem Güterbahnhof Thorn-Mocker entstand am Mittwoch ein Brand. Es brannte Benzol, das aus einem Tankwagen ausgeflossen war. Es wird angenommen, daß das Feuer durch unvorsichtiges Umgehen mit Streichhölzern oder Zigaretten entstanden ist; der Täter ist noch nicht ermittelt.

* **Vandsburg,** 25. Januar. Nach einer Bekanntmachung des Justizministers im Gesetzblatt wird mit dem 1. Februar das im Bereich des Kreisgerichts Konitz und zum Bezirksgericht Konitz gehörende Friedensgericht in Vandsburg aufgehoben und mit dem gleichen Tage in ein Schöffengericht umgewandelt.

Aus Polnisch-Schlesien.

* **Kattowitz,** 27. Januar. Der Bergmann Czerdebon von der Gieschegrube hatte einen Eifersuchtsstreit mit einem Arbeitskollegen. Bei einer Auseinandersetzung griff er zum Revolver und verletzte seinen Nebenbuhler. Der Täter flüchtete in die Grube und hielt sich dort drei Tage verborgen. Da er seine Waffe bei sich hatte, war es begreiflicherweise nicht so einfach, ihm nahe zu kommen. Am Sonnabend morgen wurde er nun von eingefahrenen Polizisten umstellt. Da er keinen Ausweg sah, sich der Festnahme zu entziehen, erschoß er sich selbst.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* **Warschau,** 18. Januar. Der Warschauer Kriminalpolizei ist es gelungen, den Täter des vor kurzem verübten Einbruches in die tschechoslowakische Gesandtschaft zu ermitteln. Es ist der vor kurzem aus Rußland zurückgekehrte berüchtigte Einbrecher Bronislaw Sokolowski. Dieser hat schon vor dem Kriege in Warschau viel von sich reden gemacht und war bereits viermal zu schweren Kerkerstrafen verurteilt worden. Die daktyloskopischen Untersuchungen ergaben, daß Sokolowski der Täter ist. Er wurde ermittelt, verhaftet und dem Untersuchungsgefängnis eingeliefert.

* **Lodz,** 25. Januar. Ein ungewöhnlicher Zwischenfall hat sich dieser Tage während der Hochzeitsfeier in einer hiesigen Kirche abgespielt. Als die Trauung in vollem Gange war, sprang plötzlich ein unbekannter Mann mit wilden Rufen auf den freien Platz vor dem Altar und riß sich unter wilden Tänzen sämtliche Kleider vom Leibe, während das Hochzeitspaar und alle Gäste flüchteten. Es stellte sich heraus, daß der Übeltäter Josef Kubal heißt. Man überwältigte ihn und brachte ihn auf die Polizei.

Aus dem Gerichtssaal.

s. **Posen,** 28. Januar. Der Schiffer Wawrzyn Demel und der Arbeiter Antoni Harke aus Wiorek, Kr. Posen-West, hatten den Sohn des Distriktskommissars in Kotowo vom Rade gerissen und ihm das Rad weggenommen. Die Täter wurden bald ermittelt und sollten verhaftet werden. Harke setzte seiner Verhaftung Widerstand entgegen und beschimpfte die Polizisten. Der Arbeiter Stanislaw Vogt kam hinzu und beschimpfte ebenfalls die Beamten. Die 2. Strafkammer verurteilte Harke zu 13 Monaten, Demel zu 3 Monaten und Vogt zu 5 Monaten Gefängnis.

* **Konitz,** 28. Januar. Am Freitag wurde vor Gericht gegen den hiesigen Magistrat verhandelt. Angeklagt war der Magistrat, vertreten durch den Bürgermeister Dr. Sobierajczyk, wegen Nichtbezahlung der Walddanina aus dem Stadtpark und dem Wald Wilhelminenhöhe. Ankläger war Prokurator Biegon. Bürgermeister Dr. Sobierajczyk führte aus, daß das Strafmandat nicht rechtskräftig war, und zwar aus folgendem Grunde: Als die Daninadeklaration von der Starostei eintraf, wurde sie von einem Magistratsbeamten ohne Wissen und ohne Unterschrift des Bürgermeister. Dr. Sobierajczyk ausgefüllt. Als dann aber später das Strafmandat eintraf, war es an den Magistrat und nicht an die Stadtgemeinde adressiert. Die Gemeinde und nicht der Magistrat ist Eigentümer dieser Objekte. Auch wenn der Magistrat die Danina bezahlen wollte, konnte er dieses nicht wegen Mangel an Bargeld, auch nicht in Natura, weil trotz einer Eingabe des Magistrats an die Wojewodschaft diese die Holzfällung in diesen Bezirken verboten hatte. Auch die Zustellung des Strafmandats war nicht formell, weil es durch den Starosteiboten und nicht öffentlich und amtlich, d. h. durch die Post, zugesandt wurde. Das Gericht legte trotz dieser Ausführungen dem Angeklagten, d. h. dem Magistrat, eine Geldstrafe von 5800,30 zł auf.

Briefkasten der Schriftleitung.

Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich aber ohne Gewähr erteilt. Jeder Anfrage ist ein Briefumschlag mit Freimarke zur eventuellen schriftlichen Beantwortung beizulegen.)

Sprechstunden der Schriftleitung: nur werktäglich von 12—1½ Uhr.

O. C. in O. 1. Die Forderung der 15proz. Aufwertung ist richtig. Falsch dagegen ist die Forderung des Gläubigers, daß die verabredeten 5 Prozent Zinsen der 15proz. Aufwertung zugeschlagen werden, so daß nun eine 20proz. Aufwertung zustande käme. 2. Nach der Umwertung sind die bisher gezahlten 5 Prozent weiterzuzahlen falls nicht irgend ein anderer Zinssatz verabredet wird. 3. Sie können die Hypothek kündigen. Die ziffernmäßige Berechnung der Hypothek lehnen wir grundsätzlich ab.

Handel, Wirtschaft, Finanzwesen, Börsen.

Handel.

♂ **Die polnisch-tschechoslowakischen Handelsvertragsverhandlungen** die bereits vor den Weihnachtsfeiertagen ins Stocken geraten waren, sind jetzt auf einem toten Punkt angelangt. Bekanntlich liegt Polen schon seit Jahr und Tag in hartem Kampf mit der Prager Regierung wegen der Aus- und Durchfuhr polnisch-oberschlesischer Kohle. Einmal handelt es sich darum, daß eine Gleichstellung der polnischen mit der tschechoslowakischen Kohle hinsichtlich der Eisenbahntarife im polnischen Transitverkehr mit Österreich, Ungarn usw. verlangt wird, sodann um eine ganz bedeutende Erhöhung der tschechoslowakischen Einfuhrkontingente für polnische Kohle. In beiden Fällen hat die Ostrau-Karwiner Kohlenindustrie schärfsten Widerspruch erhoben, da sie davon eine Untergrabung ihrer Existenz und ungeheure Vermehrung der Arbeitslosigkeit befürchtet. Fordert doch die Warschauer Regierung jetzt ein Kontingent von 2½ Millionen Tonnen (ursprünglich sogar 5 Mill. To.), während das bisherige Monatskontingent 42 500 Tonnen beträgt. Das von Polen beanspruchte Kontingent würde etwa einem Drittel der ganzen tschechoslowakischen Kohlenproduktion gleichkommen. Der Prager Ministerrat hat deshalb die Ablehnung beschlossen.

♂ **Die polnischen Ausfuhrabgaben für Lebensmittel** haben sich, wie das fortgesetzte Steigen der Getreidepreise auch in den letzten Wochen wieder bewiesen hat (Roggen in Posen im Dezember 21,5, im Januar 27 Złoty, in Warschau 22,5 bzw. 26,5, Weizen in Posen 24,5 bzw. 33, in Warschau 27 bzw. 35), als unwirksam gezeigt. Das scheint jetzt auch Grabski eingesehen zu haben, der auf diesem Wege die Lebenshaltungskosten zu verbilligen dachte. In seiner letzten großen Rede im Staatshaushaltsausschuß des Sejm stellte er deshalb eine Evolution der Zollpolitik in dieser Richtung in Aussicht. Man wird also mit einem baldigen Wiederabbau der Getreideausfuhrzölle rechnen können.

Verkehr.

↗ **Für den polnischen Wertbriefverkehr mit dem Auslande ist,** laut einer in Nr. 3 des „Dziennik Ustaw“ veröffentlichten Verordnung, mit Wirkung vom 15. Januar ab der Höchstwert auf 5000 Goldfrank festgesetzt worden.

↗ **Im Odessaer Hafen** sind im vergangenen Jahr insgesamt 2719 Schiffe (davon 170 vom Ausland) mit im ganzen 13 635 000 Pud Ladung (davon 4 385 000 Pud vom Ausland) eingelaufen. Die Einfuhr entfiel in der Hauptsache auf Leder, Sandzucker, Kolonialwaren, Chemikalien und landwirtschaftliche Maschinen. Mit der Küstenschiffahrt gingen 9 250 000 Pud, hauptsächlich Brennholz, Kohle, Naphthaprodukte und Salz ein. Ausgelaufen sind im Jahre 1924 insgesamt 2870 Schiffe (davon 161 nach dem Ausland) mit im ganzen 26 118 000 Pud Ladung (davon 23 272 000 Pud nach dem Ausland).

Von den Banken.

△ **Die Bilanz der Bank Polski** vom 10. Januar weist im Aktivum folgende Einzelbeträge auf: Gold in Barren und Münzen 103 729 335,15 Złoty (+ 366 464,81 gegenüber dem Ausweis der Bank vom 31. Dezember), Valuten, Devisen und andere ausländische Zahlungsverbindlichkeiten, nach dem Goldwert berechnet, 265 137 431,18 (— 3 908 120,09), Silber- und Scheidemünzen 24 871 185,75 (— 2 672 512,25), Wechselportefeuille 258 709 386,01 (+ 1 754 532,79), Anleihen, durch Zinspapiere und Valuten gesichert 22 330 773,75 (— 1 566 989), diskontierte kurzfristige Papiere 9 131 300 (+ 1 053 800), zinslose Kredite an den Staat 29 906 762,50 (+ 7 135 792,57), Mobilien und Immobilien 30 968 681,31 (— 611 035,95), andere Aktiva 10 686 030,60 (— 14 862 513). Im Passivum befinden sich das Grundkapital in Höhe von 100 Millionen Złoty, der Banknotenumlauf 497 423 715 (— 53 450 245), Girorechnungen und andere Zahlungsverbindlichkeiten 123 462 283,72 (+ 54 179 226,69), Zahlungsverpflichtungen in Auslandsvaluta, nach dem Goldwert berechnet 14 814 640,80 (— 149 166,64), andere Passiven 17 770 249,73 (— 13 890 395,17). Den Aktiven von 753 470 889,25 Złoty stehen Passiven in gleicher Höhe gegenüber. Der Wechseldiskont betrug 10 Proz., der Lombard für Zinspapiere 12 Proz., der Diskont für Devisen 8 Proz., für 8proz. Schatzscheine 9 Proz. Der Umlauf an polnischen Darlehnskassenscheinen ist von 3 264 984 247 Polenmark am 31. Dezember auf 3 229 476 891 Polenmark am 10. Januar zurückgegangen.

Geldwesen.

≡ **Polens Verschuldung an das Ausland** betrug nach amtlichen Berechnungen für das Jahr 1924 ohne die Regierungsschulden, d. h. also nur von Industrie, Handel und Banken, insgesamt 250 Millionen Złoty, wovon 50 Millionen Schulden der Zuckerindustrie durch den Staat garantiert sind.

≡ **Einstellung der Tscherwonzen-Emission.** Nach einstimmigem Beschluß des Bankausschusses soll die Russische Staatsbank im 2. Quartal des laufenden Wirtschaftsjahres (1. Januar—1. April 1925) keine neue Tscherwonzen-Emission mehr vornehmen. Damit ist ein Schritt getan worden, den objektive Beobachter der russischen Wirtschafts- und Währungsverhältnisse schon längst als notwendig angesehen haben. Die zuständige Sowjetinstanz hat nun auch erkannt, daß bereits mancherlei Anzeichen vorliegen, welche die Gefahr einer neuen Geldinflation nahegerückt erscheinen lassen. Selbst aus dem offiziellen Index der staatlichen Planwirtschaftskommission ist zu ersehen, daß die Kaufkraft des Tscherwoniec erheblich nachgelassen hat (am 1. Oktober 1924 6,09 Rubel, am 21. Dezember nur noch 5,81), während der Kurs des alten Zehn-Rubel-Goldstücks über pari steht (Tscherwoniec-Goldstücke sollen bekanntlich erst noch geprägt werden). Auch die „Ek. Shisn“ gibt zu, daß man nicht nur die Neuemission einstellen, sondern eigentlich schon anfangen müßte, einen Teil der ausgegebenen Tscherwoniec-Banknoten einzuziehen, hält dies aber vorläufig für eine doch zu harte Maßnahme. Spätestens im dritten Quartal wäre doch wieder eine Neuemission erforderlich und auch möglich. Deshalb brauche man jetzt auch nicht unbedingt die 25 Millionen Rubel, die im laufenden Quartal von den Getreideaufkäufern an die Staatsbank zurückfließen, aus dem Verkehr zu ziehen. (Der Ausweis der Emissionsabteilung der Staatsbank vom 16. d. Mts. zeigt bereits einen Rückgang des Banknotenumlaufs von 59 596 820 auf 57 807 030 Tscherwonzy, also um 1 789 790 Tsch. die Red.)

Börsen.

≠ **Der Złoty** am 28. Januar. **Danzig:** Złoty 101 09—101.64, Ueberweisung Warschau 100.67—101.18. **Berlin:** Ueberweisung Warschau 80.60—81.00. **Zürich:** Ueberw. Warschau 100. **Neuyork:** Ueberweisung Warschau 19.25. **Wien:** Złoty 13 520, Ueberweisung Warschau 13 590—13 690. **Prag:** Złoty 651—657, Ueberweisung Warschau 652.50—658.50. **Bukarest:** Ueberweisung Warschau 36.90. **Tschernowitz:** Ueberweisung Warschau 36.80. **Riga:** Ueberweisung Warschau 102.

≠ **Warschauer Börse vom 28. Januar. Bankwerte:** Bank Dyskontowy Warsz. 6.85 Bank Handl. Warsz. 5.65, Bank dla Handlu i Przem. 1.00 Bank Zachodni 1.75, B. Z. Z. P. 1.50, Zwiazek Spół. Zarobk. 9.50. — **Industriewerte:** Exped. Soli 4.20, Grodzisk 0.63, Puls 0.55, Chem. Zgierz 1.20 Elektr. Zagł. Dąbr. 1.00, Elektr. 2.40 Siła i Swiatło 0.40, Chodorów 5.10, Czersk 0.70, Częstocice 2.30 Goślawice 2.15, Michałów 0.54. W. T. F. Cukru 3.55, Firley 0.41, Łazy 0.15, Kopalnia Węgli 3.25. Bracia Nobel 1.90, Cegielski 0.70, Pfitzner u. Gamper 4.40, Lilpop 0.76, Modziejowski 4.75, Norblin 0.80 Ostrowieckı 7.20, Parowoz 0.60, Rudzki 1.36, Starachowice 2.06, Trzebinia 0.65, Ursus 1.85 Zieleniewski 10.00, Konopie 0.50 Zawiercie 20.25, Żyrardów 12.95, Borkowski 1.18, Haberbusch u. Schiele 6.15, Spiritus 3.05, Ćmielów 0.65, Majewski 10.75, Lombard 1.35, Pustelnik 1.05.

≠ **Genfer Börse** vom 28. Januar. (Amtlich.) Paris 28.05, London 24.85¾, Neuyork 5 17⅞, Belgien 26 85 Mailand 21.68¾, Spanien 74, Holland 39, Berlin 123.30, Wien 73, Stockholm 139½, Oslo 79.25, Kopenhagen 92.60, Sofia 3,76¼, Prag 15.37½, Budapest 72.

Kurse der Posener Börse.

Für nom. 1000 Mk. in Złoty:

Wertpapiere und Obligationen:	29. Januar	28 Januar
6proz. Listy zbożowe Ziemstwa Kred.	6.40—6.70	6.20—6.40
8proz. Państwowa Pożyczka Złota	0.70	—.—
Bankaktien:		
Kwilecki, Potocki i Ska. I.-VIII. Em.	3.40	—.—
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-XI. Em.	9.00—9.50	9.00
Polski Bank Handl., Poznań I.—IX.	1.90	—.—
Pozn. Bank Ziemian I.—V. Em.	—.—	2.80
Industrieaktien		
H. Cegielski I.—IX. Em.	0.70	0.70
Centrala Rolników I.—VII.	0.60	—.—
Centrala Skór I.—V. Em.	1.70—1.90	—.—
Goplana I.—III. Em.	8.00	7.75
C. Hartwig I.—VII. Em.	1.50—1.45	1.50
Hartwig Kantorowicz I.—II. Em.	2.50	—.—
Herzfeld-Viktorius I.—III. Em.	6.00	6.00
Iskra I.—IV. Em.	0.75	—.—
Lubań, Fabryka przetw. ziemn. I.-IV. exkl. Kup.	85.00	85.00
Dr. Roman May I.—V. Em.	24.00—25.00	23.50—24.00
Młyn Ziemiański I.—II. Em.	—.—	1.50
Młynotwórnia I.—V. Em.	—.—	0.60
Papiernia Bydgoszcz I.—IV. Em.	0.60	0.55
Płótno I.—III. Em.	—.—	0.30
Pozn. Spółka Drzewna I.-VII. Em.	0.90	0.90
„Tri“ I.-III. Em.	—.—	13.50—13.00
„Unja“ (vorm. Bentzki) I.—III. Em.	8.50	8.50
Wagon Ostrowo I.—IV. Em.	1.40	—.—
Wisła, Bydgoszcz I.—III. Em.	9.10	—.—
Wytwornia Chemiczna I.—VI. Em.	—.—	0.45
Zjed. Browar. Grodziskie I.—IV. Em.	1.70	—.—

Tendenz: fester.

≠ **Krakauer Börse vom 28. Januar.** (Amtlich.) Przemysłowy 0.44, Sp. zarobk. 9.5 . Powsz. Kred. 0.10, Tohan 0.40 - 0.45—0.43, Pharma 0.90—1.00, Ćmielów 0 64. Zieleniewski 10.10—9.90 Cegielski 0.70—0.75 0.72, Parowozy 0.55—0.56, Trzebina Żel. 0.71—0.72, Górka 15.65-16.25-16.00, Siersza Górn. 4.80-4.45-4.60, Elektrownia 0.21, Tepege 2.13—2.05—2.08, Polska Nafta 0.70 Krakus 1.05—1.00, Chodorów 5 30 Chybie 6.40 - 6.25, Piasecki 1.85—1.90. — Nicht notierte Werte: Jaworzno dr. 14.00 (25) 13.25—13.50, Gazy zach. 2.45—2.50, Len 0.40—0.37, Lokomotywy 0.48—0.49.

≠ **Ostdevisen. Berlin,** 27. Januar. Freiverkehr. Auszahlung Warschau 80.50 G., 80.90 B. Bukarest 2.195 G., 2.205 B.. Kattowitz 80.45 G., 80 85 B., Posen 80.55 G., 80 95 B. — **Noten:** polnische 79.95 G., 80.75 B., litauische 40.99 B., 41.41 B.

≠ **Berliner Börse** vom 28. Januar. (Amtlich.) Helsingfors 10.56—10.60, Wien 5.909—5.929, Budapest 5.835—5.855, Sofia 3.055—3 065, Holland 169.19—169.61, Kopenhagen 75.06—75.24, Stockholm 113.02—113.30, London 20.137—20.187, Neuyork 4.195 bis 4.205, Belgien 21.92—21 98, Mailand 17.58—17.62, Paris 22.76 bis 22.82, Schweiz 80.98—81.18, Spanien 59.93—60.07, Danzig 79.90—80.10, Japan 1.613—1.617, Rio de Janeiro 0 492—0.493, Jugoslawien 6.86—6.88, Athen 17.14—17.16, Konstantinopel 2.235 bis 2.245, Prag 12.46—12.50, Oslo 64.28—64.44, Bukarest 2 20 bis 2.21, Portugal 20.08—20.12, Riga 80.60—81, Kowno 41.295—41.505.

≠ **Züricher Börse** vom 28. Januar. (Amtlich.) Neuyork 5.18½, London 24.86½, Paris 28.07½, Prag 14.37½, Mailand 21.70, Budapest 72, Spanien 73.93, Berlin 123.35, Belgrad 8.47½.

≠ **Wiener Börse** vom 28. Januar. (In 1000 Kronen.) Austr. Kol. Państw. 460.2, Kol. Lw. Czer. 219, Kol. Połudn. 63.1, Bank Hipot. 8.8 Bank Małop. 5 2, Alpiny 410.1, Siersza 68 7, Silesia 13.7, Zieleniewski 140, Krupp 234.5, Prask. Tow. Żel. 1980 Huta Poldi 837, Portl. Cement 359, Skoda 1499, Rima 140 6, Apollo 650, Fanto 245, Karpaty 169.9, Galicja 1525, Nafta 175, Lumen 8.5, Schodnica 239, Friag 47.

Von den Märkten.

Von den polnischen Warenmärkten. Auf dem Textilwarenmarkt ist die Lage, insbesondere für Wollwaren weiterhin schwer. Der Handel liegt fast gänzlich darnieder. Infolge der sich immer mehr häufenden Wechselproteste weigern sich sowohl die Großhändler wie auch die Industriellen, Wechsel anzunehmen. Da der Bargeldmangel stark ist, muß von manchem Geschäftsabschluß abgesehen werden. Auf einen Rückgang der Wechselproteste kann man vorläufig nicht rechnen. Die den Arbeitern letzthin zugestandene Lohnaufbesserung wirkte sich auch bei der Preisbildung aus. Obwohl das Geschäft vollständig darniederliegt, sind die Preise namentlich für Sommerwaren gestiegen. Sie stellten sich für leichte Damengabardine auf 12—18,50, für Sommerkammgarn auf 15—24, für Tuch auf 15—24, für Velour auf 15—30 Złoty.

Auf dem Rohhäutemarkt ist die Tendenz bei großem Angebot abgeschwächt. Die Preise halten sich ungefähr auf der bisherigen Höhe. Allgemein ist man der Ansicht, daß die jetzige Krisis sich noch verschärfen wird. In Posen wurden zuletzt folgende Preise aus erster Hand gezahlt in Złoty: gesalzene Kalbshäute 0,90—1, trockene Rinderhäute 1,30 je Kg., gesalzene Kalbshäute 1. Gattung (4 Kg.) 5—6 je Stück.

Auf dem Eisenwarenmarkt hält der Stillstand infolge des Bargeldmangels, der hohen Zölle und Eisenbahntarife an. Trotzdem steigen die Preise weiter. Die Tendenz ist schwankend.

Produkten. Lemberg, 28. Januar. Die Tendenz ist anhaltend. Die Notierungen sind folgende: Weizen 37.50—38.50, Roggen 28—29, Braugerste 26—28, Mahlgerste 21.50—23.50, Hafer 28—26. Mit Ausnahme des Roggenpreises sind alle Preise schätzungsweise ohne Transaktionen.

Lodz, 28. Januar. Die Tendenz für Getreide und Mehl anhaltend, die Situation ruhig. Angebot ist hinreichend. Preise für 100 Kilogramm loko Lager Lodz: Roggen 33, Hafer 30, Gerste 30, Weizen 40—41, Roggenkleie 21, Weizenkleie 20, 50prozentiges Roggenmehl (für 82 Kilogramm) 41—42, Weizenmehl „000“ 50—51.

Warschau, 28. Januar. Bei privaten Umsätzen wurden für 100 Kilogramm franko Verladestation notiert: Weizen 41, Roggen 30.50, Hafer 28, Gerste 27½, Weizenkleie 20, Roggenkleie 18.50, Leinkuchen 26.50, Rapskuchen 23, Raps 55, für 1 Kilogr. franko Warschau: 50prozentiges Weizenmehl 0.64, Roggenmehl 0.50. Die Tendenz ist fest.

Metalle. Berlin, 28. Januar. Für 1 Kilogramm Raffinadekupfer 99—99.3 Prozent 1.30—1.31, Originalhüttenweichblei 0.80—0.81, Hüttenrohzink im freien Verkehr 0.76—0.77, Remelted Plattenzink 0.67—0.69, Originalaluminium in Blocks, Barren, gewalzt und gezogen 98—99 Prozent 2.35—2.40, in Barren, gewalzt und gezogen mindestens 99 Prozent 2.45—2.50, Banka-, Straits- und Australzinn 5.40—5.50, Hüttenzinn mindestens 99 Prozent 5.25—5.35, Reinnickel mindestens 98—99 Prozent 3.40 bis 3.50, Antimon Regulus 1.30—1.32, Silber in Barren Probe mindestens 0.900 95—96, Gold 28.10—28.20, Platin 14.75—15.25 für 1 Gramm.

Die heutige Ausgabe hat 8 Seiten.

Verantwortlich für den gesamten politischen Teil: Robert Styra; für Stadt und Land: Rudolf Herbrechtsmeyer; für Handel, Wirtschaft, den übrigen unpolitischen Teil und die illustrierte Beilage „Die Zeit im Bild“: Robert Styra; für den Anzeigenteil: M. Grundmann. — Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Poznań.

Stadtverordnetensitzung.

Die gestrige Stadtverordnetensitzung war **reich an Interpellationen** und nahm, obwohl der **Haushaltungsvoranschlag für 1925** mit Rücksicht auf die vorgerückte Zeit bis zur nächsten Sitzung **vertagt** wurde, einen ausgedehnten Verlauf. Zwei Schlachten hatte der Magistrat zu bestehen, von denen die erste einen Halbsieg brachte, der sich vielleicht noch als Pyrrhussieg erweisen kann, während die zweite eine Niederlage brachte. In der ersten Schlacht hatte der Angriff der Gegner den Blätterwald zum Richtungspunkt und betraf die Jubiläumsausgabe der „Gazeta Warszawska", des Warschauer Organs der Nationaldemokraten. Die Niederlage erlitt der Magistrat bei der Vorlage über die Festsetzung neuer Satzungen für die Erhebung der Mietssteuer und von Steuern von unbebauten Grundstücken.

Zu Beginn der Sitzung widmete der Versammlungsleiter einige Gedenkworte dem am Sonntag in Warschau verstorbenen Vize-Marschall des Sejm, Dr. Sygmunt **Seyda**.

Eine **Eingabe von Benzininteressenten**, denen die Anlage von Benzinstationen durch die Gebrüder Nobel ein Dorn im Auge ist, ist von den zuständigen Behörden sachlich beantwortet worden, und die Antwort auf die Vorwürfe wird den Interessenten zugesandt.

Im Mittelpunkt der Interpellationen stand die eingangs erwähnte Interpellation in Sachen der

Jubiläumsausgabe der „Gazeta Warszawska",

die von Dr. **Stark** eingebracht und begründet wurde. Der Redner stellte zunächst fest, daß die „Gazeta Warszawska" anläßlich ihres 150jährigen Bestehens ihre fiskalischen Fühler nicht nur nach den Parteigängern und Sympathikern, sondern auch nach den Magistraten verschiedener Großstädte Polens und gar der Tasche der Gegner ausgestreckt habe. Hier erinnerte Dr. Stark daran, daß zu preußischer Zeit Geldmittel, zu denen auch die Polen beitrugen, für Zwecke antipolnischer Politik verwandt worden wären. Dies brachte ihm von seiten der Rechten den Zuruf ein: „Ethischer Vergleich".

Die „Gazeta Warszawska" hatte sich an verschiedene Städte mit der Bitte gewandt, Artikel aus der Geschichte der einzelnen Städte in der Jubiläumsausgabe zu veröffentlichen. Der Posener Magistrat hat der Bitte entsprochen und seiner Zusage ist eine außerordentliche Ausgabe von 4500 zł erwachsen.

Stadtv. Dr. **Stark** zog zunächst gegen den Charakter der Jubiläumszeitung zu Felde, um dann dem Magistrat vorzuhalten, daß sein Standpunkt Merkmale der Parteipolitik trage, und schließlich an ihn die Frage zu richten, die die Berechtigung des Magistrats zu dem erwähnten Schritt unter Uebergehung der Stadtverordnetenversammlung betrafen, zumal in der Zeit des Budgetprovisoriums. In Lemberg sei das Anliegen erst vor den Finanzausschuß gekommen und — abgelehnt worden.

Ein Schlußantrag des Dr. **Stark** lautete dahin, daß die Stadtverordnetenversammlung beschließe, den Artikel in der Jubiläumsausgabe nicht aus kommunalen Mitteln zu bezahlen.

Bürgermeister Dr **Kiedacz** ergriff in seiner Eigenschaft als Interimspräsident das Wort, um den Standpunkt des Magistrats zu verteidigen. Er habe es für angebracht und nötig erachtet, als die „Gazeta Warszawska" mit dem Anliegen an den Posener Magistrat herantrat, angesichts des besonderen Charakters der Jubiläumsausgabe, die auch ins Ausland gehen sollte, und da die Veröffentlichung des betreffenden Artikels auch im Interesse der Gemeinde gelegen habe, die Einrückung des gewünschten Artikels zuzusagen. Die Bemerkung, daß sich die „Gazeta Warszawska" in der Richtung verbessert hätte, war ein Moment, das auf seiten der Linken mit Recht als ungünstig gedeutet wurde.

Stadtv. **Budzinski** erklärte sich mit den Budgetrücksichten Dr. Starks einverstanden, warf ihm aber vor, daß sein Antrag darauf hinausgehe, einen politischen Schlag zu versetzen und sei als ein Vorspiel zu den künftigen Stadtverordnetenwahlen zu betrachten. Es ginge nicht an, die früheren Preußen mit den jetzigen Nationaldemokraten zu vergleichen, welche Äußerung von seiten der Linken dahin korrigiert wurde, daß sich um das System handle — nicht um die Männer.

Stadtv. **Buzel**, der Führer der Christlichen Demokratie, erklärte, daß man den Schritt des Magistrats eigentlich als apolitische Tat zu bezeichnen hätte, da es sich hier um das Gebiet der Reklame handle, die in der letzten Zeit u. a. auch die Form von Anzeigenartikeln angenommen habe, die nicht nur von einer bestimmten Partei herrühren. Was aber die Budgetrücksichten anlangt, so brachte der Stadtverordnete **Buzzel** den **Antrag** ein, im Interesse der Klarheit den Rechtsausschuß die Frage prüfen zu lassen, wann und insbesondere in welchen Ausnahmefällen es dem Magistrat gestattet sei, dringende Auszahlungen ohne vorherige Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung zu tätigen.

Stadtv **Sniady** sagte, daß Dr. Kiedacz eine böse Sache verteidige. Es sprachen dann noch u. a. die Stadtv. **Babst**, **Ballenstedt**, **Leitgeber** und Prof. **Paczkowski**. Letzterer wies kritisierend auf das zeitliche Mißverhältnis zwischen Interpellationen und Tagesordnung hin. Als Beispiel erwähnte er, daß es ein mißlicher Umstand wäre, wenn die Ouvertüre zu einer Oper länger dauern würde als die Oper selbst. Er trat energisch dafür ein, daß die Interpellationsbestimmungen künftig strikt innegehalten würden.

Der **Antrag** Dr. **Starks** wurde in der Abstimmung gegen die Stimmen der Rechten **abgelehnt**, während der **Antrag** des Stadtv. **Buzzel** zur Annahme gelangte.

Nach Einführung des Stadtv. **Banc**, der an die Stelle des ausgeschiedenen Stadtv. Propst **Malinski** tritt, sprach Stadtv. **Buzzel** über

Wünsche der kürzlich angeschlossenen Gemeinden

auf dem Gebiete der **Sicherheit**, der **Beleuchtung**, der **sozialen Fürsorge** und dergl. Infolge der ägyptischen Finsternis, die z. B. in der neuen Gemeinde **Główno** zu herrschen pflegt, sind Überfälle an der Tagesordnung. Diesem Übelstande müsse unbedingt abgeholfen werden.

Stadtv. **Sujak** brachte eine Interpellation ein, die sich mit der

Frage der Milchfälschungen

befaßte, die mehr als 50 Prozent betragen sollen. Die Milchkontrolle sei ungenügend, und er habe noch nichts davon gehört, daß jemand wegen Milchfälschung zur Verantwortung gezogen worden sei. Eine Entschließung tritt für Abstellung der Mißstände in der Milchwirtschaft ein.

Stadtv. **Kowalewski** behandelte die **Entlassung eines Straßenbahnangestellten** im Zusammenhang mit dem seinerzeit erwähnten Rangierunfall auf dem Alten Markt. Der Betroffene sei zu 65 Prozent Invalide und 9 Jahre bei der Straßenbahn beschäftigt. Der Redner spricht für seine Wiedereinstellung.

Jetzt erst kam

die Tagesordnung

zu ihrem Recht, freilich nicht in vollem Umfange, da einzelne Punkte vertagt wurden, wie z. B. u. a. die Einbringung des Haushaltsvoranschlags für 1925.

Punkt 7 der Tagesordnung betraf die

Öffnung und Schließung der Geschäfte mit Backwaren und Milch.

Die betreffenden Geschäfte dürfen von 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends geöffnet sein.

Für den **Ankauf eines neuen Krankenwagens** wurden 20 000 zł bewilligt.

Die Vorlage über die Erweiterung der **Satzungen des städtischen Schlachthofes auf die neu angegliederten Gemeinden** wurde trotz des Widerstandes einiger Stadtverordneten angenommen.

Was die Beschließung der vom Magistrat vorgeschlagenen Satzungen für die

Erhebung der Mietsteuer und von Steuern von unbebauten Grundstücken

betrifft, so wurde die Vorlage des Magistrats, der seinen Standpunkt zu verteidigen suchte, allerseits abgelehnt, und zwar mit Rücksicht auf die Vermeidung weiterer Steuerbelastung der Bevölkerung, der eine Atempause gegönnt werden müsse.

Übrigens würden die 500 000 zł, die aus diesem Titel als Einnahme veranschlagt sind, zu einer größeren Ausbauaktion der Stadt nicht ausreichen. Nur bei langfristigen Krediten könne man von einer planmäßigen Aktion des Ausbaus der Stadt sprechen.

Mit der Ablehnung der Vorlage fand die Sitzung ihr Ende.

Die deutsche Antwortnote auf die Zwischennote der Alliierten.

Die Antwortnote der deutschen Reichsregierung ist gestern vormittag den alliierten Vertretern übergeben worden. Sie lautet:

„In der dem Herrn Reichskanzler am 26. Januar überreichten Note erklären die alliierten Regierungen, daß sie einstweilen nicht die Absicht haben, die Frage der Räumung der nördlichen Rheinlandzone mit der deutschen Regierung zu erörtern oder auf die Darlegungen der deutschen Note vom 6. Januar einzugehen. Sie verschieben die bereits in ihrer ersten Note angekündigte Mitteilung derjenigen Punkte, von deren Erledigung sie die Räumung jener Zone abhängig machen wollen, erneut auf eine spätere Zeit, wobei sie, ebenso wie früher, möglichste Beschleunigung dieser Mitteilung in Aussicht stellen. Im übrigen beschränken sie sich darauf, der deutschen Regierung eine Verkennung der Tragweite der Artikel 428 und 429 des Versailler Vertrages entgegenzuhalten und die Behauptung zu wiederholen, daß Deutschland die in diesem Artikel vorgesehene Voraussetzung für die fristgemäße Räumung der nördlichen Rheinlandzone nicht erfüllt habe.

Die deutsche Regierung muß zu ihrem Bedauern feststellen, daß die Ausführungen der deutschen Note vom 6. Januar den alliierten Regierungen lediglich zu einer formalen Erwiderung Anlaß gegeben haben, die diese für Deutschland und für die europäische Verständigung so bedeutungsvolle Angelegenheit in keiner Weise fördert. Die alliierten Regierungen halten die deutsche Regierung, wie auch die Öffentlichkeit noch immer in Unkenntnis des Tatsachenmaterials, mit dem sie den von ihnen bereits vor mehreren Wochen gefaßten Beschluß begründen wollen. Das deutsche Volk wird wiederum der Nichterfüllung des Vertrages beschuldigt, ohne daß ihm die Möglichkeit gegeben würde, sich gegen die Beschuldigungen zu verteidigen. Die alliierten Regierungen ziehen aus einer einseitigen Beurteilung des Sachverhalts die schwerwiegendsten Folgerungen und lehnen es in ihrer neuen Note sogar bis auf weiteres ausdrücklich ab, mit der deutschen Regierung in eine Erörterung der Angelegenheit einzutreten.

Die deutsche Regierung vermag nicht zu verstehen, inwiefern ihr eine Verkennung der Tragweite der Artikel 428 und 429 vorgeworfen werden könnte. Sie hat nicht bestritten und bestreitet nicht, daß diese Artikel die Räumung der nördlichen Rheinlandzone am 10. Januar 1925 von gewissen Voraussetzungen abhängig machen. Ihre Behauptung geht vielmehr dahin, daß diese Voraussetzungen erfüllt sind. Die Tatsache der völligen Entwaffnung Deutschlands ist zu offenkundig, als daß die alliierten Regierungen die Nichtinnehaltung des vertragsmäßigen Räumungstermins mit dem gegenwärtigen Stande der deutschen Abrüstung begründen könnten.

Die alliierten Regierungen scheinen in ihrer Note einen Unterschied zwischen der Tragweite des Artikels 428 und des Artikels 429 in dem Sinne machen zu wollen, daß sie die im Artikel 429 vorgesehene etappenweise Räumung als eine von ihrer Entscheidung abhängige Vergünstigung für Deutschland darstellen. Dies würde dem klaren Wortlaut des Vertrages widersprechen, der keinen Zweifel darüber läßt, daß die Bestimmungen des Artikels 429 nicht weniger bindendes Vertragsrecht sind, als diejenigen des Artikels 428.

Das gemeinsame Interesse an einer fruchtbaren politischen Zusammenarbeit gestattet es nicht, den gegenwärtigen Zustand der das Schicksal eines großen deutschen Gebietes und seiner Bevölkerung im Ungewissen läßt, auf unbestimmte Zeit zu verlängern. Die deutsche Regierung erwartet deshalb, daß die alliierten Regierungen die Mitteilung des angekündigten Materials nunmehr alsbald folgen lassen, und so ist die Voraussetzung für eine Verständigung über die Beilegung des entstandenen Konflikts schaffen."

In dieser Note wird hervorgehoben, daß die Alliierten der deutschen Regierung kein Tatsachenmaterial über die Gründe der Nichträumung mitgeteilt haben.

In der Tat, keiner glaubt noch an die französischen Bewaffnungsmärchen über Deutschland, jeder aber weiß, daß Frankreich von Waffen starrt und neue Rüstungen statt Abrüstungen vornimmt. Angeblich um der Sicherheit (sécurité) willen, in der Tat aber, um ein wehrloses Volk zu knechten.

Der schwedische Nationalökonom Cassel in Berlin.

Sein Vortrag in der „Nordischen Gesellschaft".

Der bekannte schwedische Nationalökonom Cassel, der öfter in Verbindung mit dem Vertrage von Versailles zu der internationalen Geldkrise das Wort nahm, unternimmt augenblicklich eine Vortragsreise durch Deutschland.

Am Sonnabend sprach er in der Handelshochschule Berlin über „Das Stabilisierungsproblem oder der Weg zu festen Währungen". Die Hauptträgerin der Vortragsreise Professors Cassel ist bekanntlich die Nordische Gesellschaft, Lübeck, deren Ziele und Bedeutung vom Vorsitzenden der Gesellschaft, Senator Dr. Kallbrenner, Lübeck, in seinen Begrüßungsworten betont wurde.

In der Versammlung waren viele führende Persönlichkeiten des deutschen Finanz- und Wirtschaftslebens sowie politische Führer vertreten. Professor Cassel führte, nach einem Bericht der „D. A. Z." in seinem Vortrage etwa folgendes aus:

„Man kann versuchen, eine schwankende Valuta entweder auf Grund des Wertes zu stabilisieren, den sie augenblicklich hat, oder aber auf Grund ihres ursprünglichen Goldwertes. Bisher sind Stabilisierungen nur dort geglückt, wo man auf eine Wiederherstellung des alten Goldwertes verzichtet hat (Deutschland, Österreich, Finnland usw.), und es wäre von Vorteil für die Wiedergewinnung einer allgemeinen Stabilität der Währungen, wenn alle Länder sich von der Tatsache überzeugen lassen würden, daß eine Devalvation (abgesehen von den besonderen Verhältnissen in England) entweder völlig unmöglich oder mit so außerordentlichen wirtschaftlichen Schädigungen verbunden ist, daß keines der verarmten europäischen Länder eine solche Depression ertragen könnte; wobei es gleichgültig ist, ob die Wiederherstellung des Geldwertes plötzlich oder langsam im Laufe von vielen Jahren geschieht. Nicht eher ist ein allgemeiner Übergang zur Goldwährung möglich, als bis die innere Kaufkraft der eigenen Valuta stabilisiert ist. Für eine solche Stabilisierung aber ist die Hauptvoraussetzung eine Begrenzung der Zahlungsmittelversorgung. Eine Stelle, die Zentralbank, muß dafür verantwortlich sein, daß auf keine Art, auch nicht durch Kreditgewährung an den Staat, der zulässige Umfang der Zahlungsmittelversorgung überschritten wird. Die Zentralbank hat hierfür insonderheit durch ihre Diskontpolitik zu sorgen.

Ein wesentliches Mittel, der Knappheit auf dem Kapitalmarkt abzuhelfen, ist eine Bekämpfung der Kapitalflucht und des Kapitalverzehrs, den es vielfach noch aus den Gewohnheiten der Inflationszeit her gibt. Wenn die Valuta ans Gold gebunden ist, muß sie in Gold bzw. Goldvaluten eingelöst werden können. Es muß dafür einen Einlösungsfonds geben, der aber keineswegs der Valuta einen Wert geben kann, den sie nicht aus sich selbst hat. Der Wert der Valuta beruht auf der Knappheit der inneren Zahlungsmittelversorgung, und es ist aussichtslos, die Valuta durch Ansammlung eines Goldschatzes heben zu wollen. Mit dem Goldfonds werden nur kleine Schwankungen des Goldwertes der Valuta ausgeglichen. Deshalb darf man auch nicht der Ansammlung eines Goldfonds bei der Reichsbank auf Grund des Dawes-Planes eine zu große Bedeutung beimessen. Auch für Deutschland ist die Knappheit der Zahlungsmittel die erste Voraussetzung der Stabilität, und man soll nicht denken, daß die deutsche Zahlungsmittelversorgung unbegrenzt vermehrt werden kann, wenn nur die nötige Quotendeckung in Gold vorhanden ist. Wenn die 800 Millionen-Anleihe die Goldreserve der Reichsbank mit 800 Millionen Mark verstärkt, so kann deswegen noch lange nicht die deutsche Zahlungsmittelversorgung um 800 Millionen vermehrt werden.

Die Untersuchung im Barmat-Kutisker-Skandal.

Unser letzter Bericht hatte am Schluß die Frage, wie und mit wessen Unterstützung die Kutisker-Barmat in Deutschland wohnen und hier ihre Geschäfte machen konnten.

Ein Vertreter des Innenministeriums erklärt auf Befragen: Der Minister des Innern hat den Polizeipräsidenten beauftragt, zu ermitteln, wo und wie Kutisker-Barmat und die übrigen in Deutschland eingereist sind. 2. Von welchen preußischen Dienststellen ihnen Aufenthaltsgenehmigung erteilt worden ist und welche Beamten die Verantwortung tragen für die Erteilung der Aufenthaltsbewilligung. 3. Soll festgestellt werden, welche Schritte unternommen worden sind um ihre Entfernung zu erzwingen.

Was wir bisher vom Berliner Polizeipräsidium darüber bekommen haben, ist auch unseres Erachtens nicht ausreichend, und wir sind bereit, Ergänzungen heranzuschaffen. Nach den bisherigen Ermittelungen ist Jwan Kutisker mit Frau und Sohn am 1. Juni 1920 nach seiner eigenen Angabe aus Litauen zugereist, ohne Paß und Sichtvermerk. Für das Polizeipräsidium bestand damals die Bestimmung, daß Ausländern, die vor dem 15. November 1921 ohne Paß und Sichtvermerk nach Deutschland gekommen waren, aus diesem Grunde allein nicht die Aufenthaltsgenehmigung versagt (!) werden sollte. Das traf auch auf Kutisker zu. Kutisker ist zunächst nach Berlin gereist. Anfang 1922 (!) sind die Behörden auf ihn aufmerksam gemacht worden durch eine Firma Haberling die ein Strafverfahren gegen Kutisker einleitete und zugleich seine Ausweisung beantragte. Was dieses Strafverfahren betraf, geht aus den bis jetzt gemachten Feststellungen des Innenministeriums nicht hervor. Am 21. März 1922 hat das Wohnungsamt Wilmersdorf Kutiskers Ausweisung beantragt, weil er ohne Genehmigung eine Sechszimmerwohnung bezogen hat. Kutisker selbst hat am 16. Oktober 1922 eine Aufenthaltsgenehmigung beantragt, in der er als besondere Referenz, nachdem er inzwischen Inhaber der Firma v. Stein geworden war, eine Empfehlung des Beauftragten des deutschen Gesandten bei der Regierung Lettlands und Estlands dem Polizeipräsidium vorlegte. Trotz dieser Empfehlung hat am 19 Okt. 1922 das Polizeiamt Wilmersdorf, ein Fremdenamt gab es damals noch nicht, die Ausweisung Kutiskers verfügt. Da erschien der Fabrikant Blau und erklärte, daß Kutisker als Mitinhaber der Firma v. Stein unentbehrlich in Deutschland sei und bat, den Ausweisungsbefehl zurückzunehmen und der Aufenthaltsgenehmigung stattzugeben. Am 7. November erteilte Geh.-Rat v. Müller die Aufenthaltsgenehmigung und vom Zentral-Wohnungsamt wurde am 5. Januar 1923 dem Kutisker die Wohnung endgültig zugewiesen. An Bedenken lag gegen Kutisker das Strafverfahren der Firma Haberling und der Umstand, daß er sich unregelmäßig in den Besitz einer Wohnung gebracht hatte, vor. Das Strafverfahren wurde im Herbst 1923 eingestellt. Und es ist wahrscheinlich daß es diesem Umstande und dem Antrag des Fabrikanten Blau, der ein Reichsdeutscher ist, zuzurechnen ist, daß der Ausweisungsbefehl zurückgenommen wurde. (Die Sitzung dauert an.)

Deutsches Reich.

Kölnische Zentrumsarbeiter zur politischen Lage in Preußen.

In der „Rheinischen Volkswacht" dem Organ der Kölner Zentrumspartei, wird folgende Entschließung bekanntgegeben. Die christliche Arbeiterschaft Kölns, soweit sie ihre politische Vertretung innerhalb der Zentrumspartei findet, nahm in ihrer Versammlung vom 24. Januar Stellung zu den politischen Ereignissen im Reich und in Preußen. Für die Haltung der Mehrheit der Reichstagsfraktion bei der Regierungsbildung hat sie auch heute noch unter Berücksichtigung aller Gesichtspunkte, wenig Verständnis. Sie steht dem neuen Reichskabinett mit wachsamem Mißtrauen gegenüber und erwartet seitens der Reichstagsfraktion diejenige festgelegte Haltung, wie sie in der Fraktionserklärung durch Fehrenbach vorgezeichnet wurde. Angesichts der Entwicklung im Reiche ist eine Bürgerblockregierung in Preußen doppelt gefährlich, weil eine Scheidung des Volkes politische und wirtschaftliche Erschütterungen von unabsehbarer Entwicklung befürchten läßt.

Ein amerikanisches Urteil über die Lage in Preußen.

Neuyork, 27. Januar. Die Neuyorker „Times" schreiben in ihrem Leitaufsatz daß der Sturz der preußischen Regierung als eine entscheidende Kursänderung der inneren Politik Deutschlands nach rechts bewertet werden müsse.

Tod in den Alpen.

Fünf deutsche Touristen, die Ende der vergangenen Woche von Davos zu einer Tour über den Furka-Paß aufbrachen, verirrten sich in der Dunkelheit. Einer von ihnen, der Student Wilhelm Eilenberger aus Leipzig, trat fehl und stürzte eine hohe Felswand hinunter. Er konnte nun am Sonnabend als Leiche geborgen werden. Sie wurde nach Davos gebracht.

Nachklänge zum Hitlerprozeß.

München, 27. Januar. Dem Tierarzt Dr. Weber wurde, wie nach seiner Freisprechung im Oberlandesprozeß zu erwarten war, heute durch Beschluß des Landgerichts München I Bewährungsfrist für den Rest seiner Festungsstrafe bis zum 1. Februar 1929 bewilligt.

Revision im Prozeß Herrmann.

Mit dem thüringischen Ministerprozeß wird sich nunmehr auch noch das Reichsgericht zu beschäftigen haben nachdem der Oberstaatsanwalt gegen das freisprechende Urteil der Strafkammer Weimar Revision eingelegt hat. Da der Staatsanwaltschaft während des Verfahrens wiederholt Vorwürfe gemacht wurden, daß sie sich durch politische Inspiration zur Einleitung des Verfahrens gegen den Minister Herrmann habe treiben lassen, und daß das ordentliche Gericht unzuständig sei, dürfte weniger Freispruch als vielmehr die Absicht, ein höchstinstanzliches Urteil über die Zuständigkeitsfrage herbeizuführen, für die Einlegung der Revision maßgebend gewesen sein.

Austausch von deutschamerikanischen Handelsmitteilungen.

Die deutsch-amerikanische Handelskammer plant Maßnahmen, die einen schnelleren Austausch von Anfragen und Mitteilungen zwischen Neuyork und Berlin ermöglichen sollen. Als ein Versuch auf diesem Gebiet ist die Errichtung einer der amerikanischen ähnlichen Einrichtung in Berlin in Aussicht genommen. Ein deutscher Unterhändler soll Ende Februar in Neuyork die Einzelheiten des Planes beraten. Man hat errechnet, daß Anfragen von Neuyork nach Berlin nach dem zu errichtenden System innerhalb von drei Tagen beantwortet sein werden, während dafür jetzt zwei Wochen oder länger erforderlich sind.

Aus anderen Ländern.

Erdstöße in Böhmen.

Prag, 23. Januar. In der Umgebung von Neuhaus in Südostböhmen wurden in der letzten Zeit zahlreiche heftige Erdstöße verspürt, die drei Tage anhielten. Die Bevölkerung befindet sich in großer Besorgnis.

Rückkehr Mac Donalds nach England.

Die englische Abordnung, die Westindien einen Besuch abgestattet hat, ist am Montag, wie aus Kingstown (Jamaica) gemeldet wird, wieder nach England abgereist. Mac Donald wird mit demselben Schiff nach England zurückkehren. Die nächsten Wochen werden den Beweis erbringen, ob sich Mac Donald wieder soweit erholt hat, daß er an den zu erwartenden heftigen Auseinandersetzungen innerhalb der Arbeiterpartei wieder teilnehmen kann und ob es ihm gelingen wird, seine Führerstellung in der Arbeiterpartei beizubehalten.

Zum Matteotti-Prozeß.

Rom, 26. Januar. Der mit der Untersuchung gegen den ehemaligen Polizeiminister de Bono beauftragte Untersuchungsausschuß des Senats hat die Akten des Matteotti-Prozesses eingefordert. Laut „Giornale d'Italia" bestehen drei Möglichkeiten: Der Ausschuß spricht de Bono frei, er trennt den de Bono-Prozeß vom Matteotti-Prozeß, er verweist den Matteotti-Prozeß an den Gerichtshof des Senats. Durch diesen Schritt des Untersuchungsausschusses erfährt der Matteotti-Prozeß, der im März oder April voraussichtlich in den Abruzzen verhandelt werden sollte, eine weitere Verschiebung.

Die neue Tagung des Völkerbundes.

Bern, 28. Januar. Die Frühjahrstagung des Völkerbundsrates findet vom 9. März bis zum Juni statt.

Sun-Yatsen, der erste chinesische Präsident, gestorben.

Vor einigen Tagen meldeten wir die Erkrankung dieses chinesischen Politikers. Jetzt kommt aus Peking über Japan die Nachricht, daß er gestorben sei. Der Verstorbene ist der geistige Vater der chinesischen Revolution. Als 1911 das Kaiserhaus gestürzt wurde, war er der erste Präsident Chinas, trat aber zurück, um Juanschikai Platz zu machen. Der Kriegserklärung an Deutschland hat er widerstrebt. Die inneren Wirren des Jahres 1917 brachten ihn an die Spitze der südchinesischen Regierung in Kanton. Dort hat er sich mit kurzer Pause behauptet. Sein Tod ist für sein Vaterland ein großer Verlust.

Zur Kriegsschuldfrage.

Bern, 27. Januar. Die schweizerische Sektion der Internationalen Gesellschaft für freundschaftliches Zusammenarbeiten der Kirche prüft eingehend den Antrag der deutschen Sektion, die die schweizerische Sektion auffordert, sich an die Spitze einer Bewegung zu stellen, welche die Kriegsschuldfrage von neuem untersuchen soll. Es wurde beschlossen, bei der Generaldirektion der Gesellschaft anzuregen, ihren Entschluß in dieser Richtung bei den maßgebenden Organisationen geltend zu machen.

In kurzen Worten.

Blättermeldungen aus Kalkutta zufolge ist der britische Flieger Cobham im Flugzeug in Marjeeling eingetroffen, um den Mount Everest aus der Luft zu erkunden.

*

Die schwedischen Friedensfreunde haben den bekannten Londoner Bürgermeister Karl Lindhagen für den Nobelfriedenspreis vorgeschlagen.

*

Der österreichische Außenminister Dr. Mataja, der sich von seinem Influenzaanfall schon erholt hatte, ist wieder schwer erkrankt. Sein Zustand wird als bedenklich bezeichnet.

*

Der neue französische Botschafter für die Vereinigten Staaten, Daeschner, ist in Neuyork eingetroffen.

*

Der bisherige deutsche Botschafter Dr. Wiedfeldt wird einem Telegramm zufolge an Bord des Dampfers „Albert Ballin" am 5. Februar die Rückreise nach Deutschland antreten. Sein Nachfolger, Freiherr v. Maltzan, wird anfang März in Washington erwartet.

*

Die von der französischen Besetzungsbehörde am 15. Januar über den Ort Münchweiler verhängten Sanktionsmaßnahmen sind gestern aufgehoben worden. Die französische Strafbesatzung ist um 1 Uhr nachmittags abgerückt.

*

Lord Greenfell, der älteste Feldmarschall der britischen Armee, ehemals Adjutant der Königin Viktoria, ist in Foresters im Alter von 84 Jahren gestorben. Er hat nicht weniger als 65 Jahre lang der englischen Armee angehört.

*

In Bochum fand gestern die Einführung des neuen Oberbürgermeisters Dr. Ruer durch den Regierungspräsidenten König-Arnsberg statt.

Letzte Meldungen.

Der Krieg in Marokko.

Paris, 29. Januar. 11 Uhr. Nach einer Meldung des „Journal" aus Madrid hat das spanische Kriegsministerium aus Marokko die Nachricht erhalten, daß ein heftiger Kampf zwischen Raisuli und Abdel Krim stattgefunden habe, in dem Raisuli und einer der Führer von Abdel Krim gefangen genommen worden seien. Die spanischen Behörden haben strenge Maßnahmen ergriffen, um eine Rückwirkung auf die Lage der spanischen Truppen zu vermeiden.

Der nationale Konvent in London.

London, 29. Januar. 11,20 Uhr. Asquith wird den nationalen Konvent der heute in London zusammentretenden Liberalen Partei, an dem etwa 2000 Delegierte teilnehmen, eröffnen. Auch Lloyd George wird auf diesem Kongreß das Wort ergreifen. Morgen abend wird in der Albert Hall eine große Parteikundgebung stattfinden.

Um die Räumung von Köln.

London, 29. Januar. 11,30 Uhr. Wie die „Daily News" meldet, hat die Ankunft des britischen Befehlshabers der Rheinarmee, General Du Cane, erneut zu Gerüchten Veranlassung gegeben, daß eine Räumung des Kölner Gebiets erwogen werden soll. Das Blatt schreibt, obgleich diese Gerüchte, soweit sie die nahe Zukunft betreffen, völlig unbegründet seien, wird doch angenommen, daß die Militärbehörden ihre Räumungspläne lange Zeit vor der Durchführung der Räumung entwerfen würde. Die britische Regierung erwartet, wie allgemein bekannt sei, daß Deutschland die Bedingungen, von denen die Räumung des Kölner Gebiets abhängig sei, bald erfüllen werde und die Räumungsvorbereitungen für die britischen Besatzungstruppen sei ein Problem, das sorgfältig ausgearbeitet werden müsse.



Die glückliche Geburt eines

kräftigen Jungen

zeigen hocherfreut an

Heinrich von Reiche
Margarethe von Reiche
geb. von Waldow.

Rozbitek, den 26. Januar 1925.

Am 25. d. Mts. verstarb in Frankfurt a. M., wo er seit 3 Jahren im Ruhestande lebte,

Herr Rabbinatsassessor

Ludwig Krause

im Alter von 87 Jahren.

Vier Jahrzehnte hindurch hat der Verblichene eine reich gesegnete Wirksamkeit innerhalb unserer Gemeinde entfaltet und sich ein dankbares, ehrenvolles Gedenken bei ihr für alle Zeit gesichert.

Poznań, den 29. Januar 1925.

Der Vorstand und die Repräsentanten-Versammlung der Synagogen-Gemeinde.

Trauerfeier: Sonntag, den 1. Februar d. Js. abends $4^3/_4$ Uhr in der Gemeinde-Synagoge A. Die Frauenchöre sind geöffnet.

Gegr. 1896.  Gegr. 1896.

Spezial-Magazin für Tafelglas, Kristall

Größte Auswahl in weißen und dekorierten Tafelservicen, Kaffee-, Mocca- u. Teeservicen.

Küchengeräte.

W. Janaszek, Poznań, ul. Jezuicka 1.

Kompressorlose

Diesel-Motoren

die billigste u. sicherste
Antriebskraft
für Landwirtschaft, Mühlen u. Industrie.
Vorführung jederzeit.

Dipl.-Ing. Paul Geschke, Inowrocław
Dworcowa 45. Tel. 345.

Nehme Schweine in Kommission evtl. gegen Vorkasse
Ernst Gutermann
Berlin, Köpenickerstrasse 40/41.
Telephon: Moritzplatz 55-86. Tel.-Adr.: Gefriergut-Berlin.
Information erteilt
Kallmann, Poznań (Hotel Monopol)
Telephon 34-22. Telephon 34-22.

Ausschneiden! Ausschneiden!

Postbestellung.

An das Postamt

in

Unterzeichneter bestellt hiermit

1 **Posener Tageblatt** (Posener Warte)

für den Monat **Februar** 1925

Name ....

Wohnort ....

Postanstalt ....

Straße ....

Von der Reise zurück

San.-Rat. Dr. Emil Mutschler
Augenarzt.

Chefarzt der Augenstation des evgl. Diakonissenhauses.
Poznań, ul. Wesoła 4. Tel. 1896
Zwischen Theater und Theaterbrücke.

Kleiner zugfester Esel
zu kaufen gesucht. Offerten an **Schließfach 24, Brodnica** (Pomorze).

Wer ein Gut, eine Landwirtschaft, Fabrik, Hausgrundstück, Villa, Laden- und Speicherräume, Stapel- und Bauplätze **verkaufen** oder **verpachten** will,
Wer Aktienmehrheiten von guten industriellen Unternehmungen **abzugeben** hat,
wende sich vertrauensvoll an die Firma:

D./H. Edward Kępiński-Poznań,

Telephon 33-95. **ul. Fredry 4.** Telephon 33-95.

Fachmännische, streng reelle, diskrete u. seriöse Behandlung der erteilt. Aufträge wird zugesichert.

Oder-Zeitung

Größte Zeitung der Provinz Brandenburg

*

Hauptanzeigenblatt
des mittleren deutschen Ostens
Kleine Anzeigen (Grundstücks- u. Stellenmarkt) größte Wirkung

*

Probe-Nummern und Anzeigen-Bedingungen vom Verlag Trowitzsch & Sohn, Frankfurt a. O.

Wieder vorrätig:

Jagdabreißkalender für 1925
Landabreißkalender für 1925

und sogleich zu liefern.

Versandbuchhandlung der Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.
POZNAN, Zwierzyniecka 6.

Jede Menge frischer und gefrorener Fische jeder Art

kauft und nimmt in Kommission zu bequemen Bedingungen für die Lieferanten die Firma

„RYBOPOL"

Dom Handlowo-Komisowy, Sp. z ogr. odp.
Warszawa, Elektoralna 10. Tel. 55-93.

Fabrikkartoffeln Speisekartoffeln

kaufe zu höchsten Tagespreisen
und erbitte Angebote

Emil Blum, Opalenica. Tel. 33.

Zur sofortigen Lieferung
habe **sofort** ab meinem Lager abzugeben:
mehrere gebr. gründlich ausreparierte

Dampf- u. Motor-Dreschsätze

Auf Wunsch werden die Maschinen einzeln abgegeben.
Volle Garantie. — Günstige Zahlungsbedingungen.
Paul Seler, Poznań, ul. Przemysłowa 28. Tel. 2480.

Hypothek

zur ersten Stelle einer ca. **50 Morgen** gr. **Landwirtschaft** (gleicher Wert **380 Zentner Roggen**) billig zu verkaufen.
Gefl. Off. unt. **U. G. 2535,** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

Speisezimmer,
herrschaftl. (Eiche), gediegen, erstklassige Ausführung, eignet sich für Schloß zu verkaufen. Besichtigung bei **Frau Adamska, Poznań,** ul. Głogowska 108, I. Aufg. V. Stock. Vorderh.

Einen eleganten
Herrenpelz
verkaufe ich für einen Schleuderpreis.
Ul. Fr. Ratajczaka 3,
I. Etage links.

Drei junge **Hunde Reh-Pinscher** (Rasse). Das. auch eine **Zink-Waschw.** u. eine **Nähmaschine billig zu verkaufen.**
Rom. Szymańskiego 9 II r.

Seltenes Angebot:
Wir bieten, sofort lieferbar, antiquarisch, wie neu,

Meyers großes Konversationslexikon,
21 Bände, eleg. geb., 6 Auflage, zum Kauf an.

Brockhaus großes Konversationslexikon
13. Auflage mit Abbildungen und Karten, 17 Bde., elegant gebunden.
Bastelbuch für Radioamateure komplett gebunden
Bibliothek des allgemeinen u. prakt. Wissens.
Versandbuchhandlung der
Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.
Poznan, Zwierzyniecka 6.

Wohnungen

Zwei möbl. Zimmer,
Nähe d. Botanischen Gartens, per sofort zu vermieten, eventl. zusamm. od. getrennt. Näheres:
Hennig, Poznań,
Siemiradzkiego 8 I.

Möbl. Zimmer
zu vermieten ohne Betten und Wäsche.
Poznań, Skarbowa 15 II.

Möbliertes Zimmer
an besseren Herrn von sofort od. 1. 2. 25 zu vermieten.
Zupańskiego 21, 3. Et. rech. (Wilda).

Ein Zimmer frei
Wierzbięcice 13. Gartenhaus.
Boetzel.

Möbl. Vorderzimmer an berufstätiges Fräulein bei deutscher Familie per bald z. verm.
Gefl. Off. unt. **2544** an die Geschäftsst. dieses Blattes erb.

Auswärtige Fabrik sucht möglichst im Zentrum der Stadt

2 leere Räume

für Bürozwecke jedoch nicht höher als 1 Etage. Instandsetzung auf eigene Kosten.
Offerten unter **2531** an die Geschäftsst. dieses Blattes erbeten.

Spielplan des Großen Theaters.

Donnerstag, den 29. 1. **„Othello".**
Freitag, den 30. 1. **„Die lustigen Weiber von Windsor.**
Sonnabend, den 31. 1 **„Legenda Bałtyku".**
Sonntag, den 1. 2., nachm. 3 Uhr **„Orpheus in der Unterwelt.**
Sonntag, den 1. 2., abends $7^1/_2$ Uhr **„Halka".**
Montag, den 2. 2. **„Mignon"**

Wer leiht einem Fabrikbetriebe

2500 Złoty?

Geldgeber erhält ein **Ess-** oder **Herrenzimmer** kostenfrei.
Hohe Verzinsung zugesichert.
Gefl. Anerbieten unter **F. 2489** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Andacht in den Gemeinde-Synagogen.

Synagoge A
Wolnica.
Freitag, abends $4^3/_4$ Uhr,
Sonnabend, morgens $7^1/_2$ Uhr, vormittags 10 Uhr mit nachmittags $4^3/_4$ Uhr mit Schrifterklärung.
Sabbatausgang 5 Uhr 31 Minuten
Werktäglich morgens 7 Uhr mit anschließend. Lehrvortrag abends $4^3/_4$ Uhr,
Sonntag, den 1. 2. 25 im Anschluß an die Abendandacht Trauerfeier für den verstorb. Rabb. Ass. Ludwig Krause.

Synagoge B
(Israel. Brüdergemeinde).
Ulica Dominikańska.
Freitag abends $4^3/_4$ Uhr
Sonnabend vormittags 10 Uhr.

Wohnung in Deutschland,
Für einen in die. Frühjahr aufzurichtend. **Neubau** in Dt. Krone — Grenzmark — gute Lage, wird

Baugeld-zuschuß

mit Verzins. gesucht gegen Einräum. ein. mod. Wohnung (3—4 Zimmer mit Zubehör). Auch Werkstatträume.
Interess. wollen sich z. melden an **Mittelschull. J. Schreiber, Dt. Krone,** Synagogenstr 1 I.

2000—3000 Złoty
suche gegen erstklassige Sicherheit und Zinsen auf ein halbes Jahr. Zinsen im voraus zahlbar
Gefl. Off. u. **2507** an die Geschäftsst. d. Blattes erbeten.

Sind Käufer für:

Seradella
Peluschken
Wicken
gelbe und blaue **Lupinen**

Ernte 1924, in Waggonladungen u. bitten um Angebote.
An **Sämereien** haben ab unserem Lager abzugeben:
Prov. Luzerne, Rotklee, Weißklee
Gelbklee, Raygras, Timothe.

Landw. Hauptgesellschaft, Poznań
Tel. 4291. **Sämereien-Abteilung.** Tel. 4291.

Kieferne Schwellen (gebeilte Ia Ware),

alle 4 Seiten gebeilt: à 2.60 Meter 16×26 cm 16×24 cm, 1200 Stück,
à 2.50 Mtr. 13×25 cm 14×24 cm 15×23 cm 2000 Stck.,
à 1,80 Meter 18/20 breit 14/15 cm hoch, 3000 Stck.,
2 Seiten rund à 1,50 Mtr. 16/18 cm breit 13/14 cm hoch 2000 Stck.,
2 Seiten gebeilt: à 1,20 Mtr. 13/14 cm breit 11/12 cm hoch, 1500 Stck.,

verkauft billigst franko Waggon Kłosowice bei Sieraków gegen Kasse nach 3 Wochen oder diskontfähige Wechsel.

Holzgeschäft G. Wilke, Poznań,
ul. Sew. Mielżyńskiego 6

Makulatur

weiße starke Bogen
mit Druck, Formate 46×59
hat abzugeben
Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A.
Zwierzyniecka 6.

Ausschneiden! Ausschneiden!

Postbestellung.

An das Postamt

in

Unterzeichneter bestellt hiermit

1 **Posener Tageblatt** (Posener Warte)

für die Monate **Februar-März** 1925

Name ....

Wohnort ....

Postanstalt ....

Straße ....